

UNIVERSITÄT BAYREUTH SPEKTRUM

Nr. 2/83 –
August 1983

Schulter-schluß mit Pécs

„Um einen Beitrag zur weiteren wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung beider Länder zu leisten“, wie es in der Präambel heißt, hat die Universität Bayreuth mit der Universität Pécs (Fünfkirchen/Ungarn) eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Bei dem Besuch einer Bayreuther Delegation Anfang Mai in der südungarischen Universitäts- und Bezirkshauptstadt unterzeichneten Präsident Dr. Klaus-Dieter Wolff und der Rektor der Universität Pécs, Professor Dr. József Földvári, entsprechende Dokumente. Mit von der Partie waren in Ungarn Vizepräsident Professor Dr. Helmut Gröner und der Bayreuther Strafrechtler Professor Dr. Harro Otto.

Mit der Vereinbarung wurden die seit der Gründung der Bayreuther Universität zunächst von den Rechts-, seit 1981 auch von den Wirtschaftswissenschaften gepflegten regen wissenschaftlichen Kontakte institutionalisiert.

Die umfassende Vereinbarung sieht die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, aber auch anderen Wissenschaften, die für beide Universitäten von Interesse sind, vor. Außerdem wird ein Austausch von Wissenschaftlern zu Vorlesungen und für Forschungsarbeiten, besonders aber ein Austausch jüngerer wis-

senschaftlicher Mitarbeiter zu Studienaufenthalten angestrebt.

Beide Universitäten wollen zudem den Austausch von Studenten und Studentengruppen fördern, wissenschaftliche Informationen und Veröffentlichungen austauschen und streben die gegenseitige Information aus dem Bereich der Organisation der Universitäten und hochschulpolitischer Entwicklungsprogramme an.

Das Interesse beider Universitäten an der Vereinbarung ergibt sich im Bereich der Rechtswissenschaften dadurch, daß die Re-

Fortsetzung Seite 4



Ein kräftiger deutsch-ungarischer Händedruck und der Austausch der Dokumente zwischen Professor Földvári (rechts) und Dr. Wolff markierten den Beginn einer hoffentlich fruchtbaren Zusammenarbeit. Der Besuch der Bayreuther Delegation in Pécs war auf alle Fälle durch Herzlichkeit und Aufgeschlossenheit gekennzeichnet, was an den Mienen der beiden Unterzeichner abzulesen ist.

Forschergruppe Waldtoxologie

Bayerische Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die sich auf Einladung des Beirats für Wissenschafts- und Hochschulfragen beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus Mitte Juli in Bayreuth trafen, haben sich darauf verständigt, gewissermaßen in Eigeninitiative eine Forschungsgruppe für Waldtoxologie ins Leben zu rufen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Forschungsvorhaben bei der Suche nach den Ursachen des Baum- und Waldsterbens aufeinander abzustimmen.

Mathe-Training in Bayreuth half

Die sechsköpfige Mannschaft der Bundesrepublik hat Mitte Juli bei der internationalen Mathematik-Olympiade (IMO) für Schüler in Paris wie im Vorjahr mit großem Abstand den ersten Platz in der Mannschaftswertung belegt. Das damals noch 16köpfige Aufgebot, aus dem sich später die sechsköpfige Mannschaft für Paris herauskristallisierte, war Ende März in Bayreuth von Professor Dr. Bruno Kramm und Dr. Konrad Lang in einem „Trainingslager“ auf die Mathematik-Olympiade vorbereitet worden.

2. SFB für Bayreuth: Identität in Afrika

Die Universität Bayreuth erhält mit Jahresbeginn 1984 ihren zweiten Sonderforschungsbereich. Die deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) beschloß, Anfang Juni den Sonderforschungsbereich 0214 zum Thema „Prozesse der kulturellen und nationalen Identität in Afrika“ vorläufig einzurichten und in den Jahren 1984/85 mit rund 2,2 Mio. DM an Personal und Sachmitteln auszustatten.

Fortsetzung
Seite 4

Zwischenrufe

Konsolidierte Bilanz – oder: Auch in schweren Zeiten läßt sich eine Uni aufbauen

Ganz ohne Zweifel – die deutschen Hochschulen befinden sich in einer äußerst schwierigen Situation. Eine ganze Reihe von Entwicklungssträngen vereinigt sich derzeit zu einem immer wieder beschworenen düsteren und bedrückenden Gesamtbild. Die gebräuchlichsten Zentralausagen sind dabei im Grunde immer dieselben:

- daß die Studentenzahlen nach wie vor sehr stark ansteigen,
- daß Arbeitsmarktprobleme von Akademikern – Hochschulabsolventen und wissenschaftlichen Nachwuchskräften – rapide zunehmen,
- daß der Ausbau des Hochschulsystems stagniert,
- daß die Aufnahme und Lehrkapazität der Hochschulen mit dem Andrang der Studienbewerber nicht mehr Schritt hält,
- daß die Hochschulforschung unter verschlechterten materiellen Voraussetzungen mehr und mehr ins Hintertreffen gerät und an die Großforschungseinrichtungen auszuwandern droht.

Sicherlich sind die gegenwärtige Lage und die weitere Entwicklung der Hochschulen in der Bundesrepublik nicht rosig zu beurteilen, den schon fast berufsmäßigen Pessimismus mancher Hochschulpolitiker teile ich allerdings nicht. Mir scheinen deshalb eine Reihe von Bemerkungen am Platze zu sein, ergänzende, aber auch nuancierende Bemerkungen.

Bei der Entwicklung der Studentenzahlen darf in der öffentlichen Diskussion nicht der Anschein erweckt werden, als sei der starke Anstieg auf derzeit rund 1,2 Millionen Studenten nur eine Last für die Hochschulen. Worte wie z. B. der „Studentenberg“ suggerieren dies in fataler Weise. Es kommt eben nicht darauf an, in Ruhe das Problem des Studentenberges auszusitzen bzw. ihn listig zu „untertunneln“, um anschließend nach dem prognostizierten Abfall der Studentenzahlen zu den „eigentlichen“ Aufgaben der Hochschulen zurückzukehren. Abgesehen davon, daß es zu diesem „Studentental“

auch nach 1990, dem augenblicklich vorhergesagten Ende des Studentenbooms nicht kommen wird, sollte folgendes bedacht werden:

- die qualifizierte auf Forschung aufbauen-
de Lehre ist das A und O der Universität und ihre vorrangige Legitimation;
- die derzeitigen und mittelfristig absehbaren Arbeitsmarktprobleme sprechen nicht gegen die qualifizierte Hochschulausbildung schlechthin. Je schwieriger die Beschäftigungssituation in einzelnen Berufen, desto größer ist der Wert der Ausbildung und der daraus folgenden geistigen Flexibilität zu veranschlagen;
- übersehen werden darf auch nicht, daß die Hochschulen auch in ihrer materiellen Ausstattung langfristig auf ausreichende Studentenzahlen angewiesen bleiben. Die vielzitierte Automatik der Richtwerte läßt auch große, ihre Überlastung notorisch beklagende Hochschulen weiterhin kräftig um Studenten werben. . . ;
- die beiden Argumente: „steigende Studentenzahlen“ und „Verengung es Arbeitsmarktes“ werden mehr und mehr gegen die neuen Hochschulen und gegen die Politik der Regionalisierung des Hochschulwesens gekehrt.

So wird gesagt, der Studentenberg sei schneller, billiger und effizienter durch einen forcierten Ausbau der älteren Großuniversitäten zu bewältigen anstelle der in der Relation teureren Investitionen für die neuen Hochschulstandorte. Schließlich würden die neuen Universitäten ohnehin nicht in dem für eine Entlastung der alten Hochschulen nötigen Maß angenommen und der jeweilige regionale Arbeitsmarkt, für den die neuen Hochschulen ja ausbildeten, sei quantitativ und qualitativ noch weniger aufnahmefähig als der Durchschnitt des Gesamtarbeitsmarktes für Akademiker.

Dazu erstens: meine immer wiederkehrende Forderung lautet, die neuen Hochschulen so auszubauen, daß diese in wirksamen Qualitätswettbewerb mit anderen Hochschulen



treten können. Daß dann in Teilbereichen ganz spürbare Effekte in der Studentenwanderung eintreten werden, halte ich für gewiß. Qualität übt immer nachhaltige Anziehungskraft aus!

Zweitens: die neugegründeten Hochschulen sind nie in erster Linie als Entlastung für die großen Universitäten angesehen worden. Dagegen spricht schon die an sich bescheidene Dimensionierung der Ausbauziele. Vielmehr standen ganz originäre bildungs- und regionalpolitische Zielsetzungen im Vordergrund, die auch heute nichts von ihrer Begründetheit verloren, sondern die sich im Gegenteil bei den wirtschaftlichen, demographischen und kulturellen Impulsen in der Regel eindrucksvoll bestätigt haben.

Drittens: „Regionalfunktion“ ist nicht mit „Nur-Regional-Funktion“ zu verwechseln! Keine der neugegründeten Universitäten versteht sich als „Heimatumiversität“ ausschließlich im Dienste ihrer Hochschulregion. Die zuweilen auch von kompetenter Seite geäußerte Ansicht, sie bildeten allein für einen regionalen Arbeitsmarkt aus, verkennt völlig die Breite und Zusammensetzung der Lehr- und Forschungspalette auch der neuen Hochschulen und entspricht in keiner Weise akademisch-universitärem Selbstverständnis. Wenn dem so wäre, könnte man sicherlich gut die Hälfte des Fächerspektrums einer jeden Hochschule amputieren. Vor allem aber läßt sich universitäre Lehre und Forschung nicht fraktionieren in einen regionalen, einen nationalen und gegebenenfalls einen internationalen Teil. Die Wissenschaft ist nach Inhalten, Methoden, Zielsetzungen universell und unteilbar. Als Entwicklungspol und -katalysator erweist eine ausschließlich an regionalen Bedürfnissen und Gegebenheiten orientierte Hochschule ihrer Region den denkbar schlechtesten Dienst.

Bei der Personalentwicklung ist hinsichtlich der Stellenkürzungen ein Mißverhältnis zwischen den einzelnen Bereichen der öffentlichen Hand zu beklagen. Dies hat zwei gravierende Folgen:

Fortsetzung nächste Seite

1. In dem in nachhaltiger Expansion befindlichen Hochschulbereich wird bis auf weiteres eine untragbare, nach akademischer Lehrverantwortung nicht mehr verantwortbare Überlastung zementiert, während andere, nicht ähnlich expandierende Bereiche sich sukzessive einer Normalsituation nähern können.

2. Man muß die Frage stellen, wie mit der Politik der Regionalisierung des Hochschulwesens Ernst gemacht werden soll, wenn den neugegründeten Hochschulen zusätzlich zu den sonstigen Handicaps – ich erinnere nur an die fehlende Ausstattung mit Fächern und Studiengängen – auch noch der personelle Ausbau an allen Ecken und Enden beschnitten wird und damit das Risiko besteht, dysfunktionale Torsi zu produzieren?

Einigkeit dürfte darüber bestehen, daß sowohl kleine Fächer als auch kleinere Hochschulen einen personellen Grundbedarf haben, unterhalb dessen sie ihre Arbeitsfähigkeit verlieren. Der Bayerische Hochschulgesamtplan hat diesem Erfordernis durch den „Regionalisierungszuschlag“ bzw. den „Zuschlag für kleine Fächer“ Rechnung getragen. Diese Zuschläge setzen aber Vorhandenes voraus. Es muß deshalb zunächst eine „Normalsituation“ geschaffen werden,

ehe „Zuschläge“ auf dieser Bezugsgrundlage wirksam werden können.

Diese „Normalsituation“ fehlt bisher. Die Probleme resultieren in vielen Fällen nicht aus zu knapper Ausstattung, sondern daraus, daß ein angefangener Aufbau qualitativ nicht weiterkommt.

Bei der Bauentwicklung bedeutet der stark geschrumpfte 11./12. Rahmenplan für den Hochschulbau nach den Jahren der Expansion insgesamt einen herben Einschnitt. Doch muß auch zugegeben werden, daß die sehr strenge, an wirklich objektiven Maßstäben der Funktionsfähigkeit der Hochschulen und der Schaffung echter Studienplätze orientierte Prüfung durch den Wissenschaftsrat ergab, daß von den Hochschulplanern eben nicht nur das Notwendige, sondern manches nur Wünschenswerte in die Planungen eingestellt wurde.

Die Lage der deutschen Hochschulforschung ganz allgemein, mehr aber noch, wenn man nach Fächern und Hochschulen differenziert, sollte nicht so negativ beurteilt werden, wie es heutzutage in der öffentlichen Diskussion allenthalben geschieht.

Dabei will ich die Grundprobleme gar nicht wegdiskutieren, die ich darin sehe, daß die

sehr starke Vermehrung der in der Wissenschaft beschäftigten Personen nicht unbedingt eine proportionale Zunahme der Forschungsergebnisse nach Menge und Qualität zur Folge hatte und daß die knapper werdenden Mittel einer immer aufwendiger werdenden Forschung – und dies gilt für nahezu alle Disziplinen – immer engere Grenzen setzen. Ich meine, beide Problembereiche gehören zusammen, denn die Vergrößerung der Zahl der Wissenschaftler bewirkte im Verbund mit dem deutschen Hochschuldogma der „Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit der Hochschulen“ – eine Fiktion, die nie Realität war – eben eine Zersplitterung der verfügbaren Mittel.

So tut denn – will man den Einsatz knapper Mittel optimieren – eine vernünftige Schwerpunktsetzung not.

Sicher ist, daß langfristig eine Veränderung des Hochschulfinanzierungssystems im Rahmen des deutschen Haushaltsrechts zu konzipieren sein wird. Vor allem müßte den Hochschulen eine größere Entscheidungsautonomie in der Verwendung der zugewiesenen Gelder und in der Einwerbung von Drittmitteln gegeben und damit Anreizsysteme geschaffen werden.

Dr. Klaus Dieter Wolff

Jahresbericht '82 – Präsident Wolff vor der Versammlung: Lösungen für neue Probleme gefragt

Eine „Etappe der gleichmäßigen Weiterentwicklung“ hat Universitätspräsident Dr. Klaus-Dieter Wolff bei der Vorlage des Jahresberichts für 1982 Mitte Mai vor der Versammlung die Entwicklung der Universität im vergangenen Jahr genannt. Immer mehr werde allerdings bewußt, fügte Wolff hinzu, daß die allgemeinen Wirtschafts- und Finanzprobleme auch die Universität Bayreuth berührten. Dies sei bisher von der aufbaubedingten Entwicklung verdeckt worden. Man müsse nun für die neuen, allgemein gelagerten Problemstellungen passende und angemessene Antworten und Lösungen finden, sagte der Präsident, „wobei die typischen Entwicklungsprobleme – nicht abgeschlossener Gesamtaufbau, Heterogenität in Entwicklungsstand und Entwicklungsrichtung zwischen den einzelnen Bereichen der Universität Bayreuth – allerdings fort dauern“. Die Antwort der Universität sei jedoch nie „schmollende Nabelschau“ gewesen, sondern die Freisetzung neuer Energien und Kreativitäten, die Bereitschaft zu engagierter Arbeit und zumeist gewiß nicht schlechter Improvisation.

Hinsichtlich der Entwicklung der Studienmöglichkeiten forderte der Präsident, das geisteswissenschaftliche Fächerspektrum „hinreichend breit“ auszubauen. Zwar habe die zusätzliche Einführung der Fächer Evangelische Theologie und Sport als Magisterhaupt- und Nebenfächer die Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten innerhalb des Magisterstudiengangs, dessen Attraktivität vor allem von der Breite des wählbaren Fächerspektrums abhängt, vergrößert. „Nichtsdestoweniger ist diese Bandbreite an der Universität Bayreuth immer noch zu gering, als daß der Studiengang eine besondere, auch quantitativ spürbare Schubkraft entwickeln könnte“, sagte Wolff. Vor allem in bezug auf die Afrikanologie sei eine Verbreiterung der Magisterstudienbasis dringend erforderlich.

Die Gesamtentwicklung der Studentenzahlen hat nach Ansicht des Präsidenten 1982

Anlaß zum Optimismus gegeben. Gegenüber dem Wintersemester 1981/82 hätten sich die Studentenzahlen um 27,6 Prozent (absolut: 697 Studierende) erhöht. Bei den Ersteinschreibungen sei im Wintersemester 1982/83 mit 1108 das Endausbauziel von 1000 Erstimmatrikulationen pro Studienjahr nicht nur erstmalig erreicht, sondern deutlich überschritten worden. Rechne man die Studienanfängerzahlen hoch, so ergebe sich nach fünf Studienjahren eine Gesamtstudentenzahl von 5540, was bedeute, daß – auch ohne weitere Veränderung der Studienmöglichkeiten und unter der Voraussetzung konstanter Studienpräferenzen – „das Endausbauziel von 5000 Studenten zwischen 1986 und 1987 erreicht sein dürfte“.

Mit dem Hinweis auf die deutlich sichtbare Verschiebung der Relation zwischen der

Zahl der Studenten in den Studiengängen außerhalb des Lehramtes und den Lehramtsstudiengängen (1978/79: 0,97:1; 1982/83: 3,00:1) meinte der Präsident, er sehe in der Verlagerung des Gewichtes von den Lehramts- zu den anderen Studiengängen für die Universität Bayreuth gute Entwicklungsperspektiven. Das Angebotsspektrum in Bayreuth habe sich schon relativ frühzeitig an die sich ändernde Nachfragesituation angepaßt. Erfreulich sei auch die verhältnismäßig hohe Steigerung der Zahl der Promotionsstudenten, die sich innerhalb des Berichtszeitraumes von 71 auf 103 (Steigerungsrate 45 Prozent) erhöht habe.

Bei der Entwicklung der Forschung wies Präsident Wolff auf die besondere Bedeutung der Aufnahme der Universität in die Deutsche Forschungsgemeinschaft hin. Er

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

2. SFB für Bayreuth

Die endgültige Einrichtung ist nach zwei Jahren möglich und hängt von der personellen Vervollständigung an der Universität Bayreuth in den Bereichen Geschichte (ein Lehrstuhl, zwei Professuren), Soziologie (ein Lehrstuhl, zwei Professuren), Religionswissenschaft (ein Lehrstuhl Christentum in Afrika), Islamistik (ein Lehrstuhl Islam in Afrika) sowie des zweiten Lehrstuhls für Afrikanistik ab.

Universitätspräsident Dr. Klaus Dieter Wolff kündigte nach dem Bekanntwerden der DFG-Entscheidung die notwendigen Schritte zur zügigen Einleitung der Berufungsverfahren an und äußerte sich optimistisch über die Chancen, die Stellen im vorgegebenen Zeitrahmen zu besetzen.

Ministerialrat Günther Grote, im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zuständiger Referent für die Universität Bayreuth, meinte bei einem Pressegespräch: „Wir nehmen den Ball der DFG auf.“ Grote wies darauf hin, daß dies der zweite im Bereich der Geisteswissenschaften an bayerischen Universitäten angesiedelte Sonderforschungsbereich ist und wertete es als Erfolg in der Zielstrebigkeit der Universität Bayreuth.

Professor Dr. Helmut Ruppert, Lehrstuhlinhaber für Geographiedidaktik und Sprecher des neuen Sonderforschungsbereiches, nannte die Bewilligung „einen Indikator für das gute Klima in Bayreuth“, was zugleich zeige, daß man im Bereich der Afrikanologie gelernt habe, sich zusammenzurufen.

Ziel des neuen Sonderforschungsbereiches ist es, die Zusammenhänge und Wechselwirkungen verschiedener Faktoren wie Geographie, Religion, Sprache und Literatur, Geschichte, Recht, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Verhältnisse in den Ländern Afrikas zu erforschen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei Prozesse der Entwicklung der kulturellen und nationalen Identität. Betont werden in den drei Projektbereichen Fragen der kulturellen Dimension der Identität, des Wandels von Identitätsbewußtsein in afrikanischen Kulturen und Nationen.

Insgesamt sind an bayerischen Universitäten derzeit 22 DFG-Sonderforschungsbereiche eingerichtet. Die überwiegende Anzahl besteht in naturwissenschaftlichen Fächern an der TU München, drei an der Universität München, je zwei in Regensburg, Würzburg und Bayreuth und einer im Bereich der Medizin an der Universität Erlangen/Nürnberg. Die Universitäten in Bamberg, Augsburg und Passau verfügen über keinen DFG-Sonderforschungsbereich.



Neue afrikanische Gäste im Iwalewa-Haus: Nach dem Schriftsteller Nurrudin Farah (Somalia) und dem nigerianischen Trommler Muraina Oyelami sind es als „artists in residence“ Nummer drei und Nummer vier die Nigerianer Ademola Onibon-Okuta und Rufus Ogunde. Beide sind – was für die afrikanischen Künstler weitgehend typisch ist – sowohl Maler als auch Musiker, Onibon-Okuta mehr Musiker, Ogundele mehr Maler. Beide verbindet auch die Mitarbeit als Schauspieler und Musiker beim berühmten Duro Lapido National Theatre aus Oshogbo und ihre frühere Tätigkeit als Mitarbeiter an der Universität Ife. Während der 37jährige Ogundele seit über zehn Jahren als freiberuflicher Künstler tätig ist, leitet Onibon-Okuta – er feierte in Bayreuth seinen 40. Geburtstag – seit 1980 die Performing Arts Section am Oyo State Council for Arts and Culture in Ibadan. Das Bild zeigt beide bei ihrem ersten großen Auftritt in Bayreuth während der Commonwealth-Literature-Tagung zusammen mit Tunji Beier.

Fortsetzung von Seite 1

Schulterschuß mit Pécs

gelungen der deutschen und ungarischen Rechtsordnung weitgehend Ausfluß der gleichen Rechtskultur sind und in vielen Bereichen identisch verliefen. Soweit durch politische Einflüsse Änderungen eingetreten sind, lassen sich diese nach Meinung der Wissenschaftler sehr genau lokalisieren. Durch die in vielen Bereichen parallele Rechtsentwicklung lassen sich zudem in der ungarischen Rechtsrealität Entwicklungen erkennen, die in der Bundesrepublik nur theoretisch erörtert werden und damit empirisch überprüfbar sind.

Bei den Wirtschaftswissenschaften ist die Vereinbarung deshalb von besonderem Interesse, weil Ungarn unter den RGW-Ländern (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; COMECON/Wirtschaftsorganisation des Ostblocks) dasjenige Land ist, das am entschiedensten nach neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik sucht. Diese Neuorientierung der ungarischen Wirtschaftspolitik wirft vielseitige ordnungspolitische Probleme auf, die fruchtbare Ansätze für einen Erfahrungsaustausch bieten.

Dem vereinbarten Erfahrungsaustausch wird schließlich ein nicht zu unterschätzender kulturpolitischer Wert beigemessen, weil innerhalb des Ostblocks die deutsche Sprache heute noch ein allgemeines Verständigungs-

mittel zwischen den Wissenschaftlern und den verschiedenen Ländern ist.

Die Universitätsstadt Pécs ist Hauptstadt des Bezirks Baranya im Süden Ungarns und gehört mit rund 165 000 Einwohnern zu den größten Städten der Volksrepublik. Die Universität bestand bereits zwischen den Jahren 1367 und 1526 und wurde 1923 wieder eröffnet. Sie besteht aus einer juristischen, einer wirtschaftswissenschaftlichen und einer philosophischen Fakultät. Rund 1000 Studenten sind dort eingeschrieben. Dazu kommen noch einmal etwa 800 externe Studierende.

Fortsetzung von Seite 3

Lösungen für Probleme

regte an, sich intensiv um die Einrichtung weiterer Sonderforschungsbereiche zu bemühen, da einerseits nur in diesem Bereich eine Erhöhung der für Forschungsförderung zur Verfügung stehenden Mittel zu erwarten sei und andererseits die Drittmittelförderung im Hinblick auf die in den nächsten Jahren zu erwartenden haushaltmäßigen Einschränkungen von besonderer Bedeutung sein werde.

Bereits jetzt beginne sich abzuzeichnen, meinte der Bayreuther Universitätspräsident abschließend, daß durch die rechtzeitigen Bemühungen um einen guten Standard in der Forschung ein tragfähiges Fundament für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen worden sei.

Starthilfe durch Bankenfachverband Neu: Forschungsstelle für Bankrecht und Bankpolitik

Mehrere Lehrstühle aus dem Bereich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften haben sich Anfang Juli zu einer Forschungsstelle für Bankrecht und Bankpolitik zusammengeschlossen. Gleichzeitig wurde am 7. Juli vom Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKG) e. V. Bonn ein Förderverein ins Leben gerufen, der die Forschungsstelle finanzieren soll.

Vizepräsident Professor Dr. Helmut Gröner, als Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre I (Wirtschaftspolitik an der Forschungsstelle) beteiligt, sagte bei der Gründung des Fördervereins, die Einrichtung der Forschungsstelle bedeute den Versuch, die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Juristen und Ökonomen, die sich nach seiner Einschätzung in den letzten 20 Jahren wegen der starken Mathematisierung der Ökonomie „eher auseinanderentwickelt hat“ wieder zu aktivieren. Dabei solle das Problem des Spezialkredites sowohl aus rechtlicher als auch aus ökonomischer Sicht untersucht werden.

Der BKG-Vorsitzende Dr. Franz Josef Scholz (Freiburg) meinte, Ziel des Fördervereins sei die Unterstützung der wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Forschung im Bankwesen, insbesondere vom Problem des Ratenkredits und anderer moderner Finanzierungsformen, wie etwa des Leasing oder Factoring.

Mit den Mitteln des Vereins, dem zunächst eine größere Zahl maßgebender, dem Bankenfachverband angeschlossene Ratenkreditbanken angehören, sollen Nachwuchskräfte im Bankwesen gefördert werden. So sollen zunächst u. a. die Bibliothek der Forschungsstelle ausgebaut und größere wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsauf-

träge erteilt werden. Bereits im Wintersemester will man mit einem offiziellen Seminarprogramm und der Vergabe von Dissertationen, Diplom- und Seminararbeiten beginnen.

Der Bayreuther Wirtschaftsrechtler Professor Dr. Volker Emmerich nannte bei der Gründungsversammlung die geplante Insolvenzrechtsreform erstes Thema des Arbeitsschwerpunktes. Bei der Bundesregierung bestünden Überlegungen, diese Reform anzugehen, um damit den Fortbestand von in Konkurs gehenden Firmen zu sichern. Dieses Thema, verbunden mit der Untersuchung der Auswirkungen für Schuldner und Gläubiger und ähnlicher Entwicklungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, könnte Gegenstand eines ersten größeren Seminars mit namhaften Referenten im Wintersemester sein.

Wie der Geschäftsführer des Bankenfachverbandes, Dr. Wolfgang Löbbecke, mitteilte, denkt der Verband daran, weitere Sponsoren für die Idee des Vereins zu gewinnen. Insbesondere denke man hier an Leasing-Gesellschaften, aber auch an Ratenkreditverbände und Ratenkreditinstitute aus dem deutschsprachigen Ausland.

Dem Vorstand des Fördervereins gehören Dipl.-Kfm. Walter Kalauch (Nürnberg) als Vorsitzender, Professor Dr. Emmerich als stellvertretender Vorsitzender, Professor Dr. Gröner als Schriftführer sowie Dr. Löbbecke als Schatzmeister an. Dazu kommen als Beisitzer im erweiterten Vorstand der BKG-Vorsitzende Dr. Scholz, Lothar F. Klementz (Offenbach) sowie der Bayreuther Strafrechtler Professor Dr. Harro Otto und der Wirtschaftsrechtler und derzeitige Dekan der Fakultät, Professor Dr. Helmut Köhler.

Studenten „Bayernmeister“ im Wählen

Die Bayreuther Studenten sind voraussichtlich wieder bayerischer Meister im Wählen. Bei den Gremienwahlen vom 6. und 7. Juli gelang es ihnen, die Quorumhürde von 50 Prozent Wahlbeteiligung locker zu überwinden und damit alle den Studenten zustehenden Sitze auszuschoöpfen.

Bei den diesjährigen Wahlen ging es darum, alle Vertreter (Professoren, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter, Studenten sowie sonstige Mitarbeiter) in der Versammlung – sie wählt den nächsten Präsidenten – in den Fachbereichsräten von vier der fünf Fakultäten sowie die Studentenver-

treter im Senat und im Fachbereichsrat der Kulturwissenschaftlichen Fakultät neu zu bestimmen. Außerdem galt es für die Studenten, zusätzlich zu den beiden Vertretern in den jeweiligen Fachbereichsräten zwei weitere Interessenvertreter zu wählen, die zusammen die Fachschaft bilden.

Bei der Wahl der studentischen Vertreter gelang es dem RCDS, seine ohnehin starke Stellung leicht zu verbessern. So konnte die gemeinsame Liste von RCDS und BLLV einen Sitz in der Versammlung hinzuzugewinnen und stellt jetzt dort vier der sechs

Fortsetzung nächste Seite

Ursprünglich sollte an dieser Stelle ein Bericht über „Genetik und Öffentlichkeit“ stehen, Schwerpunktthema der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Genetik, die Anfang Juni mit rund 180 Wissenschaftlern und unter erheblichem Zuspruch der Medien an der Universität Bayreuth stattfand. Doch das *Medienecho* – von der DUZ über große und kleine Tageszeitungen bis hin zur Zeit und etlichen Rundfunkberichten – war eindeutig und wenig schmeichelhaft, was Anlaß zu einigen kommentierenden Bemerkungen gibt.

„Thema verfehlt“ lautete durchweg das Urteil, ein offensichtliches Indiz dafür, daß sich die Medienvertreter von der Ankündigung der Veranstalter genarrt fühlten, in weitgehend allgemeinverständlich gehaltenen Vorträgen kompetenter deutscher Genetiker wolle man versuchen, die Öffentlichkeit anzusprechen.

Doch, woran lag das? Zunächst einmal ist festzuhalten, was die Genetikerin und Wissenschaftsjournalistin Barbara Hobom bei der abschließenden Podiumsdiskussion formulierte, daß nämlich, gemessen an der Tragweite der Forschungsergebnisse in der Genetik, z. B. die Möglichkeit, das Erbgut durchgreifend verändern zu können, „ein großes Defizit an Wissen in breiten Kreisen der Öffentlichkeit besteht“. Mit Blick auf die

Genetik contra Öffentlichkeit

teilweise erhebliche Kritik an naturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen – man denke nur an die Kernphysik, die Raumfahrt und die Nachrichtentechnik – kann man hinter diesem Besorgnis nur ein großes Ausrufezeichen setzen und viele werden zustimmen.

Geht es an die praktische Umsetzung dieser Erkenntnis, dann taucht der ewig junge Kernkonflikt auf, den man auf die zugespitzte Formel „Elfenbeinturm oder Volkshochschule?“ bringen kann. Vertreter beider Auffassungen prallten in Bayreuth aufeinander und programmierten das Scheitern des hohen Anspruchs.

Obwohl kurzfristig keine Lösung des Konflikts in Sicht ist, hatte die Tagung in Bayreuth doch ihr Gutes: denn wie anders ist der Konflikt zum Wohle der breiteren Öffentlichkeit zu lösen, als durch Gespräche zwischen Wissenschaftlern und Journalisten? Beide Parteien müssen dabei um Verständnis für ihre sich oft genug gegenseitig ausschließenden Arbeitsweisen werben und dabei nach Kompromissen Ausschau halten. Leider wird außerhalb solcher Tagungen von diesem Ansatz zu wenig Gebrauch gemacht.

Jürgen Abel

Bayreuther Tagungen

6. Kolloquium zu Fragen religiöser Sozialisation

„Frieden und Glaube“ –

das Thema formuliert eine zentrale Grundfrage unserer Gesellschaft, ist aber auch – wie der 20. Deutsche Evangelische Kirchentag in Hannover zeigte – umstritten wie kaum ein anderes.

Nicht allein, daß sich innerhalb der großen Kirchen und der Gesellschaft an diesem Thema tiefgreifende Gegensätze formulieren; mehr noch eine zunehmend selektive Wahrnehmung seiner Problemstellung kennzeichnet gegenwärtig die öffentlich geführten Auseinandersetzungen und entsprechend persönliche Einstellungen und Entscheidungen.

Diese Beobachtung ist grundlegend. Sie weist auf ein Defizit, das dem fraglich gewordenen Konsens hinsichtlich des richtigen Weges der Sicherung des Friedens vorausliegt. Religiöse Bestimmtheit und ethisch-moralischer Anspruch, humane und humanitäre Grundeinstellungen sowie politische Handlungskonzepte scheinen in der Friedenthematik dem öffentlichen Bewußtsein auseinanderzufallen.

Sind so vielfache Polarisierung und schwindende Konsensfähigkeit auf der einen Seite die Folge, wirken sie andererseits wiederum

Fortsetzung von Seite 5

Studenten „Bayernmeister“ . . . Vertreter. Die beiden anderen Sitze gingen an die Liste Alternative/Unabhängige, die gegenüber dem Vorjahr einen Sitz verlor.

In der Kulturwissenschaftlichen Fakultät gelang es dem BLLV erstmals, das Quorum zu überspringen und beide Sitze im Fachbereichsrat einzunehmen. Im Senat nehmen – wie im Vorjahr – der RCDS und die Unabhängigen/GEW jeweils einen Sitz ein.

Ansonsten änderte sich das Kräfteverhältnis der studentischen Vertreter in den Gremien nicht. In den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften dominiert der RCDS, während sich die unabhängigen Kandidaten in den Fachbereichsräten der drei übrigen Fakultäten durchsetzen.

Traditionell hoch war wieder die Wahlbeteiligung bei den Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern. Dagegen gelang es den sonstigen Mitarbeitern, meist nur knapp, die Hürde des Quorums zu überspringen, in einem Fall wurde sogar weniger als 50 Prozent Wahlbeteiligung verzeichnet.

Die namentlichen Ergebnisse der Wahlen hängen im übrigen zur Einsichtnahme an den Schwarzen Brettern der Universität aus.

FRIEDEN UND GLAUBE

Eine Fernsehsendung, zwei Rundfunksendungen (SFB, 5. und 6. Mai 1983) sowie aktuelle Berichterstattung in den großen überregionalen Tageszeitungen – diese Bilanz der vorläufigen Pressechau über eine Tagung zu Problemen religiöser Sozialisation an der Universität Bayreuth ist an sich schon bemerkenswert. Für die junge Universität hat sie Gewicht gerade in ihrer derzeitigen Aufbauphase. Dem BAYREUTHER KOLLOQUIUM ZU PROBLEMEN RELIGIÖSER SOZIALISATION bestätigt sie öffentliches Interesse an der Arbeit, die hier seit Jahren geleistet wird. Und die Tagung selber weist sich damit als hochrangig bedeutungsvoll aus für die aktuelle Erörterung des Problemfeldes „Frieden und Glaube“.

zurück auf die gesellschaftliche, kirchliche und politische Auseinandersetzung, so daß bisher gültige Lösungen in der Frage der Sicherung des Friedens kirchlich und gesellschaftspolitisch nicht mehr tragen. Ist dies aber der Fall, dann erschließt sich das Thema des Friedens und seiner Sicherung heute vorrangig als ein Problem religiöser Sozialisation.

Dies war die Grundannahme der Tagung „Frieden und Glaube“, die als 6. BAYREUTHER KOLLOQUIUM ZU PROBLEMEN RELIGIÖSER SOZIALISATION unter Leitung von Universitätspräsident Dr. K.-D. Wolff und Professor Dr. W. F. Kasch Mitte April stattfand.

In der Reihe der seit 1977 stattfindenden BAYREUTHER KOLLOQUIEN, die sich die Aufgabe gestellt haben, Defizite religiöser Sozialisation zu erhellen und mit Analysen und synthetischen Modellen zu ihrer Behebung beizutragen, laufen die bisherigen Diskussionen, wie Präsident Dr. Wolff in seiner Eröffnungsansprache ausführte, mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auf die jetzige Themenwahl:

„Christlicher Glaube und religiöse Desozialisation“, „Geld und Glaube“, „Christlicher Glaube und politischer Radikalismus“, „Glaube und Arbeit“, „Glaube und Gemeinwohl“ und das jetzige Thema „Frieden und Glaube“, alles also zentrale Zeitfragen, „bilden eine logische Folge miteinander verbundener und aufeinander aufbauender Grundprobleme der heutigen Gesellschaft . . . GLAUBEN und FRIEDEN sind keine einer isolierten Betrachtung unterwerfbaren Begriffskategorien, sondern sind im Zusammenhang mit allen vorangegangenen Thematiken sozusagen ein erster zusammenfassender Abschluß, Teil einer umfassenden Diskussion über die Stellung des Glaubens in der Kirche, in der Welt und in der Gesellschaft und über die ethische Fragestellung des Verhältnisses des Menschen zur göttlichen Schöpfung.“

Die skizzierte Kontinuität und der Problemansatz, nicht so sehr oder schon gar nicht allein ein jeweiliger auch für das öffentliche Bewußtsein aktueller politischer Zeitbezug sichern dem BAYREUTHER KOLLOQUIUM die ihm zuteil werdende Beachtung und Aufmerksamkeit ebenso kirchlicher und staatlicher Institutionen wie zunehmend der internationalen sozialwissenschaftlichen und sozialethischen Diskussion.

Rein äußerlich schlägt sich dies nieder im wachsenden Kreis der beteiligten Referenten. So haben sich bei dem Kongreß „Frieden und Glaube“ wiederum hohe Repräsentanten aus den Bereichen Kirche, Politik, aus gesellschaftlichen Institutionen und führende Vertreter der Sozialwissenschaften, Juristen, Sozialethiker und Theologen zu einem interkonfessionellen und interdisziplinären Dialog eingefunden.

Voraussetzung seines Gelingens war die von den Veranstalter bewußt durchgehaltene Konzentration der Themenstellung auf Fragen der Sicherung des Friedens mit einer wissenschaftlichen Erörterung der entscheidenden Vorfragen.

Durch Reflexion auf die religiösen, ethischen und anthropologischen Voraussetzungen und Erörterung staatsrechtlicher Normierungen und politikwissenschaftlicher Faktorenanalyse Frieden sichernder Politik wurden verschiedene analytische Zugänge zum Problemfeld erschlossen, miteinander verschränkt und untereinander vermittelt, so daß – als Ergebnis der Tagung – allgemein nachvollziehbare Verständigung über die Voraussetzungen einer kirchlich, gesellschaftlich und politisch konsensfähigen Lösung vorbereitet wurde.

Fortsetzung nächste Seite

„Demut besänftigt Aggressoren nicht“

Ihren Auftakt nahm die Tagung mit einem Dialog zwischen dem Bundesgeschäftsführer der SPD, Dr. Peter Glotz (Bonn) und dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Edmund Stoiber, CSU (München), über „Probleme der Sicherung des Friedens heute“. Beide stellten die wechselseitige Bindung von Verteidigungsbereitschaft im Bündnis einerseits, Entspannungspolitik im Sinne abgewogener Abrüstungsbemühungen zwischen den Machtblöcken andererseits als die entscheidende Aufgabe politischer Gestaltung des Friedens heraus. Mit dieser Bestimmung erstellte das Eröffnungspodium den realpolitischen Problemhorizont und Rahmen für die Abhandlungen und Gespräche der folgenden Tage.

Politikwissenschaftliche Begründung erfuhr dieses Konzept im weiteren Verlauf des Kongresses durch den bekannten Berliner Politologen Richard Löwenthal. Unter dem Thema „Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik“ führte er zunächst die historische Entwicklung von einer zwei Jahrzehnte währenden Situation klarer nuklearer Überlegenheit der Amerikaner bis gegen Ende der 60er Jahre zur Situation eines Gleichgewichts nuklearer Abschreckung zwischen den beiden im anhaltenden Dauerkonflikt konkurrierenden Machtblöcken vor.

Führt gegen Ende jener Jahre die erreichte Parität zwischen Sowjets und Amerikanern zur Entspannungspolitik, die 1967 bereits für das Grundkonzept der Nato die klassische Formulierung „*défense et détente*“ gefunden hat, lassen neuere Faktoren seit Mitte der 70er Jahre – innenpolitisch bedingte zeitweise Lähmung der amerikanischen Handlungs- und Verhandlungsfähigkeit bei gleichzeitiger expansiver Politik und Rüstungsbemühungen der Sowjets – die bisherige Kontrolle des Dauerkonflikts zwischen den Blöcken labil erscheinen und führen die gegenwärtige Situation nuklearer Hochrüstung mit unstabilem Gleichgewicht herauf.

Drei Alternativen, folgerte Löwenthal aus seinen Analysen, stünden nunmehr politischem Handeln offen:

- beschleunigter Rüstungswettlauf mit potentiell wachsender Versuchung zum und wachsender Furcht vor dem Erstschlag;
- einseitiger Rüstungsverzicht einer Seite und in seiner Folge tatsächliche Erpreßbarkeit, mithin Preisgabe der Freiheit;
- Kombination von Verteidigung und Entspannung mit eindeutigen Primat der Politik als einzig positiver Alternative im Interesse der Sicherung des Friedens:

„Was diese Formel von ‚*défense et détente*‘ im Kern bedeutet, ist eben einerseits der hinreichende Rüstungsaufwand, um das Gleichgewicht zu haben, und andererseits der notwendige Verhandlungsaufwand, um

dieses Gleichgewicht zu stabilisieren . . . und so durch beides, durch Druck und Verhandlungsbereitschaft, die Verhandlungsbereitschaft des Gegners hervorzurufen.“ Freilich gebe es, so Löwenthal abschließend, für „diesen schwierigen Weg zwischen Werrüsten in instabiler Situation und zwischen einseitigem Rüstungsverzicht . . . Gefahren von sogenannt ‚links‘, im Sinne der Friedensbewegung, die den Druck erschwert, und Gefahren von sogenannt ‚rechts‘ im Sinne bestimmter Äußerungen der amerikanischen politischen Rhetorik.“

Berufung auf die Bergpredigt ersetzt kein Handlungskonzept

Aufgenommen und um die religiöse und theologische Frage nach der Funktion des Glaubens bereichert wurde der realpolitische Problemaufriss des Eröffnungsdialoges und seiner von Prof. Löwenthal ausgeführten Begründung durch das erste Referat der Tagung von Bundesminister Dr. Werner Dollinger (CSU).

Sein Thema „Ethische Voraussetzungen und politische Normen staatlicher Friedenspolitik“ entfaltete er zunächst in einer Kritik an einseitig gewissenstlicher Rezeption der Bergpredigt Jesu. In einem engagierten Plädoyer für den Rechtsstaat und die Notwendigkeit und Wahrung einer ethisch fundierten Rechtsordnung brachte er sodann eine ausführliche Problematisierung der aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Friedensbewegung, Ostermärsche und Demonstrationen mußten eben auch in ihrer Wirkung nach außen und innen gesehen werden und gäben Anlaß zur Sorge, „daß z. B. die sog. ‚friedlichen Belagerungen‘ von Kasernen, wie an Ostern geschehen, Testversuche sind, die eines Tages zu gefährlichen Auseinandersetzungen führen können.“

Zwischen beiden thematischen Schwerpunkten, einmal dem verantwortungsethischem verankerten politischen Handlungskonzept mit klarer Erkenntnis der eigenen Lage wie auch der Ziele der anderen Seite und andererseits religiösem und ethischem Bezug, hatten die weiteren Referate ihren Ort.

So analysierte der Salzburger Kultursoziologe Prof. Dr. Mohammed Rassem in einem brillanten Vortrag die ideologischen Komponenten der Bestimmung des „Friedens als Lebensbedingung des technischen Zeitalters“, einer Formel, die seit den Heidelberger Thesen aus dem Jahr 1959 den Orientierungsrahmen für die ethische Diskussion der Friedensproblematik in der Bundesrepublik absteckte. In heuristischem Widerspruch zu dieser Bestimmung bedürfte die ethische und auch religiöse Orientierung klarer Unterscheidungen von Macht und Gewalt und also eines auf Sicherung des Friedens präzierten Friedensbegriffs.

Detailliert fortgeführt wurden die Analysen zur kirchlichen Friedensdiskussion und Friedensbewegung in einer geradezu klassisch zu nennenden Weise von Prof. Dr. Ernst J. Nagel, Hamburg, und Bischof Dr. Hans Gernot Jung, Kassel. Prof. Nagel, Leiter des Barnsbütteler Instituts für Theologie und Frieden und auf Empfehlung des Bamberger Erzbischofs Dr. Elmar-Maria Kredel für die Mitarbeit an diesem Kongreß gewonnen, stellte den Unterschied heraus zwischen verbindlichen Verlautbarungen des kirchlichen Lehramtes sowie päpstlicher Äußerungen auf der einen Seite gegenüber vielzähligen Stellungnahmen aus der innerkirchlich-katholischen Diskussion auf der anderen, wie sie etwa in den Äußerungen der nordamerikanischen Bischöfe vorliegen:

„Der Unterschied zwischen Seattle und Rom besteht vor allem in einer unterschiedlichen Art der sittlichen Urteilsbildung. Rom weiß, daß ein verantwortliches moralisches Urteil zum einen von den richtigen Prinzipien, zum anderen aber von geduldiger Situationsanalyse und realistischer Vernunft abhängt. In Seattle scheint der Rückgriff zu den sittlichen Lehren des Evangeliums unmittelbarer geschehen zu können. Dies erweckt den Eindruck besonderer moralischer Integrität und Konsequenz. Sympathiebekundungen in Richtung Seattle lassen an dieser moralischen Größe teilhaben. Rom verzichtet auf die moralische Pose im Namen einer verantwortlichen Urteilsbildung in einer hochkomplizierten Materie, die darüber hinaus nur prognostisch und damit besonders irrtumsanfällig behandelt werden kann.“

Bischof Dr. Jung, der seit Jahren den Vorsitz im Beirat der Evangelischen Militärseelsorge führt und eine leitende Funktion in der Konferenz Europäischer Kirchen innehat, fragte in seinem Referat nach den gemeinsamen theologischen Voraussetzungen der unterschiedlichen, größtenteils gegenläufigen Friedensgruppierungen im Bereich des Protestantismus. Die Vielfalt von Positionen und Konzepten, so seine These, erweise sich faktisch „als eine Reihe von Varianten und Variationen innerhalb eines Konzepts, das vor allem in den Heidelberger Thesen von 1959 seinen Niederschlag gefunden hat.“

Mit ihren unterschiedlichen Tendenzen wendeten sie sich gegen mögliche oder tatsächliche Mißverständnisse und Gefährdungen dieses Konzepts und hielten sie die tatsächlich vorhandenen und in unserer Situation enthaltenen Spannungen wach. Was sie aber grundlegend von der Diskussion der 50er Jahre unterscheidet, sei eine ungleich stärkere Fixierung auf waffentechnologische und militärstrategische Überlegungen. Dabei sei neben einem Defizit an politischer Konkretion vor allem – und dies sei für die Kirchen entscheidend – ein Mangel an theologischer Reflexion festzustellen, der schließlich zu der gegenwärtig aporetischen Situation in der Frage der Friedenssicherung geführt habe.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 7

Frieden und Glaube

Grundlegende Bedeutung für die Friedensfähigkeit der Christen komme dem gottesdienstlichen Handeln zu: „Die Gemeinsamkeit unter dem Evangelium ist dann also als geistige Voraussetzung der Friedensfähigkeit theologisch festzuhalten und praktisch auszuüben“, führte der Bischof aus. Deshalb sei auch die Denkschrift der EKD („Frieden wahren, fördern und erneuern“ vom Herbst 1981) darin ernst zu nehmen, „daß sie nach ihrem Verständnis des christlichen Bekenntnisses die Aktivierung der Vernunft für politische Überlegungen als einen integrierenden Bestandteil und als notwendige Folge christlichen Bekenntnisses versteht. . . . Jedenfalls wird das Kriterium der politisch rationalen Vertret- und Verantwortbarkeit eine Rolle spielen.“

Die vom Moderamen des Reformierten Bundes herausgegebenen Friedensthesen, die die Ablehnung der Massenvernichtungswaffen zur Glaubens- und Bekenntnisfrage erklären und zunächst nach Aufkündigung der Kirchengemeinschaft geklungen hätten, müßten eben auch, wenn auf ihrer Basis ein politisches Handlungskonzept erstellt würde, was sie freilich nicht intendierten, das Kriterium der politisch rationalen Vertret- und Verantwortbarkeit einbeziehen. Und da sei es eben entscheidend, Abschreckung – erläutert als „dissuasion“ – „im eigentlichen strategischen Sinne als die relativ bescheidene, aber zur Zeit noch unersetzliche kriegsverhütende Funktion des Militärs im Kontext einer konsequenten Friedenspolitik“ zu definieren. Und in diesem Sinne werde sie in den friedenspolitischen Stellungnahmen der Ökumene akzeptiert, „ohne Begeisterung, aber immerhin“.

Friedensfähigkeit verweist auf Selbstgewißheit und Glauben

Es scheint allerdings, daß Grundströmungen innerhalb der christlichen Kirchen zusammen mit der Friedensbewegung in eine andere Richtung tendieren. Dabei betrifft das kritische Moment nicht an sich schon die Bemühungen um ein umfassenderes, positives Friedensverständnis, sondern allererst eine verbreitete Unaufgeklärtheit über seine inhaltliche Bestimmung.

So zeigt sich einmal die kirchliche Diskussion darum bemüht, Ergebnisse der kritischen Friedensforschung einzubeziehen und ist auch die Notwendigkeit einer qualitativen Veränderung des Friedensverständnisses in der theologischen Ethik unbestritten. In Abkehr von einer nur negativen Bestimmung des Friedens muß dann aber auch die Umorientierung auf einen umfassenden Friedensbegriff so weit geführt werden, daß nicht nur abstrakt Verhandlungsbereitschaft postuliert, sondern konkret die Disziplinierung von Gewalt durch Ausbildung von Rechtsinstituten einbezogen ist.

Von diesem Ansatz her hat Prof. Dr. Joachim Track, Augustana-Hochschule Neuen-dettelsau, in einem zentralen Vortrag der Tagung den systematischen Ort für die Positionen des Gradualismus in der Abrüstungsfrage bestimmt. Es ist dies aber auch der Punkt, an dem sich nach seinen Ausführungen die Problematik eines qualitativen Friedensbegriffs herausstellt, sofern in der Friedensdiskussion die Stiftung von Rechtsinstituten, Führung von Verhandlungen und der Abschluß von Verträgen unzureichend reflektiert werden.

Weiter führte er aus – und dies ist für das Verständnis der Grundströmungen bezeichnend: „Eine zweite Gefahr der gegenwärtigen Friedensdiskussion, die zur Gefährdung für den Friedensbegriff werden kann, ist die Näherbestimmung des Gewaltbegriffs, nicht die Ausdifferenzierung . . . , sondern die Näherbestimmung des Gewaltbegriffs als Hinderung der Selbstverwirklichung, da nun Gewalt als solche negativ erscheint.“ Diese Problematik der allgemeinen Friedensbestimmung trete in der kirchlichen Friedensdiskussion noch einmal verschärft auf.

Es überrascht daher nicht, daß eben dieser Aspekt in den folgenden Referaten einschließlich des gewichtigen Vortrages „Staat und Friede“ von Dr. Theo Waigel, dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, durchgehend berücksichtigt wurde; im abschließenden Wissenschaftlichen Rundgespräch des Kongresses, geleitet von Frau Dr. Ursula Krone-Appuhn, CSU-MdB, hat er weithin die Diskussion bestimmt, wozu Chrefredakteur Eberhard Stammer, Evangelische Kommentare, Stuttgart, eine pointierte Vorgabe vorangestellt hatte:

Die Friedensdiskussion werde zunehmend als eine Frage der Friedensgesinnung und eines abstrakten Friedenswillens geführt, die unter dem Eindruck der Angst vor den Mitteln der Verteidigung von den realen Bedingungen der Sicherung des Friedens absehen. Kirchen und Staat sähen sich gleichermaßen mit einer Reihe erheblicher Schwierigkeiten konfrontiert.

Im weiteren Verlauf des Rundgesprächs wurden als Problemanzeigen geltend gemacht:

die Frage nach der politischen Kompetenz des Christentums bzw. christlich motivierter Positionen (Prof. Dr. Ulrich Matz, Staats- und Verfassungsrechtler aus Köln);

das Problem der Glaubwürdigkeit der Gesellschaft (Kirchenrat E. Eitel, vom Referat Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst der EKD-Kirchenkanzlei);

die Aufnahme eines erweiterten, qualitativen Friedensbegriffs (Pastor H. Hammerich vom Oberkirchenrat in Kiel) und seiner Problematik (Prof. M. Zöller, Bayreuth);

eine auch in christlicher Hinsicht klare Definition der Rolle des Soldaten (Generalmajor v. Bornstaedt; Oberst Bernhard);

Kommunikationsprobleme einer durch ihren hohen Reflexionsgrad dialektischen Denkens ausgewiesenen Politik, sowie ihrer ethischen Beurteilung (E. Stammler, Generalmajor Odendahl, Kirchenrat Rieger, München);

Irrationalität der politischen und gesellschaftlichen Situation und in ihrer Folge wachsende Ängste (Prof. Delbrügge, Neuen-dettelsau; Dekan Ratz, München);

ein Wandel im Grundrechtsempfinden, etwa vermeintlicher Gleichstellung von Wehrdienst und Ersatzdienst (Dr. Dieter Haack, MdB; Dr. Theo Waigel).

Ich breche hier ab, weil aus dem bisherigen bereits erhellt, daß die mannigfachen Problemanzeigen durchgehend auf ein generelles Orientierungsproblem unserer Gesellschaft bezogen sind, mithin zum einen nach der Rolle des Staates und seiner Institutionen bzw. einem Wandel im Staatsverständnis fragen und zum anderen das Weltverhältnis des Menschen angesichts steigender Komplexität und bedrohlicher Technologie thematisieren.

Prof. Dr. Gerhard Schmidtchen hatte bereits in einem Referat („Unfrieden für den Frieden. Sozialpsychologische Beobachtungen über die Paradoxien humanitärer Engagements“) die Verbundenheit der Friedensidee mit dem Ordnungsgedanken herausgestellt und auf das erhebliche Kritikpotential humanitärer Ideale hingewiesen. Der Züricher Sozialpsychologe konnte dabei auf eine soeben abgeschlossene empirische Untersuchung über Gewalt und Legitimität verweisen und vertrat die These: „Humanitäre Legitimitätstheorien, die ursprünglich bei der Distanzierung vom Staat und seinen Institutionen Pate gestanden haben, werden bei der Organisation des politischen Handelns schlicht in Feindbilder übersetzt.“ Um solchen Konsequenzen im Interesse der Sicherung des Friedens zu wehren, müsse die Auseinandersetzung um humanitäre Entwicklung in Frieden auf dem Felde der geistigen Auseinandersetzung geführt werden.

Hierzu verdeutlichte Prof. Dr. med. Hans Kilian, Gesamthochschule Kassel, in einem tiefenpsychologischen Versuch zur Unterscheidung ideologischen Agierens und politischen Handelns die Gefahr eines doppelten Reduktionismus. Menschen, die wie im Fall der Rüstungssituation sich in einem für sie unauflösbaren Widerspruch vorfinden, also überfordert sind, eine Lösung zu finden, stehen in einer moralischen double-bind-situation: „Entweder sie geben konkretes Leben, ihre Ziele auf, oder sie geben die Übereinstimmung mit sich selbst auf. Es ist nicht mehr möglich, beides unter einen Hut zu bekommen.“ Als Ausweg werde daher die als bedrückend erlebte Realität – unbewußt – geeignet, was bereits die Realitäts-wahrnehmung betreffe, weiter zu der abstrakten Gegenüberstellung reiner Gesinnung und reiner Technik der Sachzwänge führe und sich schließlich in strenger Polari-

Fortsetzung nächste Seite

Italienische und deutsche Experten diskutierten

Gemeinsames integriertes Studium im Visier

Zu einem italienisch-deutschen Seminar über Fragen der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses trafen sich Ende Mai auf Einladung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) hochrangige Experten aus den Wissenschaftsadministrationen beider Länder sowie renommierte Wissenschaftler – so von der Universität Bayreuth der Pflanzenökologe Professor Dr. Ernst-Detlef Schulze – in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Der parlamentarische Staatssekretär im BMBW, Anton Pfeifer, erklärte bei einem Pressegespräch, die Zielsetzung der Bundesregierung sei es, den wissenschaftlichen Austausch innerhalb der Länder der europäischen Gemeinschaft erheblich auszubauen. Bei den Gesprächen mit den italienischen Partnern gehe es darum, konkrete Vereinbarungen über gemeinsame italienisch-deutsche integrierte Studiengänge zu treffen, die in beiden Ländern absolviert wer-

Fortsetzung nächste Seite



Das Bild zeigt von links: den italienischen Botschafter in Bonn, Professor Luigi Vittorio Ferraris, Staatssekretär Pfeifer, Generaldirektor Fazio und den Bayreuther Universitätspräsidenten Dr. Klaus Dieter Wolff bei einer Pressekonferenz.

Fortsetzung von Seite 8

Frieden und Glaube

sierung zwischen Gesinnungsagieren und Sachzwangagieren manifestiere.

Hingegen bedeute Friedensfähigkeit, solchem Agieren sich zu versagen und zu enthalten, im Auseinanderklaffen zwischen Ideal und vorgefundener Wirklichkeit – nämlich im Sinn zu leistender Trauerarbeit – durchzuhalten. Solche Friedensfähigkeit habe Selbstgewißheit zu ihrer Voraussetzung, verweise mithin auf Glauben und religiöse Sozialisation.

Sicherung des Friedens bedarf einer Theorie

Nun ist es bezeichnend, daß gerade jene Ausformungen moderner Sozialphilosophie und Psychologie, die im Geiste Freuds mit den Namen Alexander Mitscherlich, Erich Fromm, Arno Plack oder Horst Eberhard Richter verbunden sind und einen erheblichen Einfluß auf die neue Friedensbewegung ausüben, die Krise der Sicherung des Friedens als Krise des autonomen Selbstbewußtseins erfassen. In exemplarischer Auseinandersetzung mit dem Konzept von Horst E. Richter hat der wissenschaftliche Leiter des Bayreuther Kolloquiums zu Problemen religiöser Sozialisation, Prof. Dr. Wilhelm F. Kasch, theologischer Reflexion die Aufgabe gestellt, diese Konzeption aufzunehmen, die aporetische Situation als Krise der menschlichen Selbstausslegung, als Glaubenskrise zu begreifen, zumal auch in der Beschreibung der Symptome die sozialphilosophischen Analysen zwingend seien:

Damit ist einmal entschieden, „daß nur ein Konzept, das die Krise als Glaubens- oder Selbstbewußtseinskrise begreift, das dem Mythos der ausschließlichen Relevanz instrumentellen Denkens zu widerstehen wagt, ihrer ansichtig wird“ und daß der theologische Beitrag zu Bemühungen um Sicherung des Friedens vorab in der Bereitstellung eines kritischen Potentials bestehen müsse.

Dies sei zweitens in einer begründeten Ablehnung der Ontologie Richters geltend zu machen, weil der Mensch seinem Wesen nach im Gegenüber zur Natur stehe. „Das aber kann nur heißen, daß das Selbst die Krise als Krise seiner Freiheit begreift, als Fehlinterpretation seiner Möglichkeiten, deren Folge die Widrigkeit der Dinge ist, die infolgedessen verlangt, daß das Selbst sich von den Dingen als dem wahrhaft Bedrohenden ab- und sich selbstkritisch seiner Selbstausslegung und deren Implikationen zuwendet.“

Konkret erfordert dies „Umkehr vom Weg der Mittel zur Erneuerung eines Weges des Sinnes der Person, die mit allen Kräften angestrengt werden muß, weil nur auf diesem Wege die rationale Sicherbarkeit des Friedens gesteigert werden kann, die allein in unserer irrational gewordenen Welt die Abschreckung als Übergang zu rechtfertigen vermag.“

Indem die theologische Analyse das an sich zweifelnde Selbst daran erinnert, daß Welt und Weltfriede seine Konstrukte sind, die mit seiner Selbstpreisgabe fallen, vermag sie insofern weiterzuführen, als sie im Hinblick auf das offenbar gewordene Unbedingte

menschlichem Handeln eine Theorie, einen Normenzusammenhang geben kann, in dem Frieden bestimmbar und operationalisierbar und also als Aufgabe des Handelns ergreifbar wird.

Eben hier nun wird – und das mag als Ertrag des Kongresses „Frieden und Glauben“ gelten – das Defizit gegenwärtiger Friedenssicherung deutlich, daß bisher keine moderne Lehre von der gerechten Verteidigung erarbeitet wurde. Indem aber beispielsweise die Frage nach der Sünde, worauf Prof. Dr. Anselm Hertz, Fribourg, einer der führenden katholischen Ethiker, wiederholt in seinem Tagungsbeiträgen insistierte, nicht erst oder einfach nur an der Frage der atomaren Bewaffnung diskutiert wurde, wurde auch die materielle Diskussion einer solchen Lehre durch diesen Kongreß vorbereitet. Denn: „Die Frage nach der Sünde bezieht sich immer auf den ganzen Krieg. Sünde ist jeder Krieg, der aus einer ethisch-politisch falschen und unrichtigen Entscheidung getroffen wird.“

Damit ist einerseits nach der herrschenden Meinung einer Lehre vom „gerechten Krieg“ der Abschied gegeben und fällt die eigentlich sittliche Entscheidung für uns eben im Bereich des Politischen. Dieser bedarf jedoch andererseits ethischer Normierung. Sie beinhaltet neben der Legitimation des Staates und der Legitimation der Macht als Dienst nun einmal unter den gegebenen Bedingungen die ethische Verantwortung verhandlungsfähiger Verteidigungsbereitschaft. Gerade an diesem Punkt bündeln sich die Probleme der Sicherung des Friedens heute.

Dietmar Hahn

6. Commonwealth-Literature-Tagung Neue Impulse für die deutsche Anglistik

Vom 16. bis 19. Juni 1983 fand im IWALEWA-Haus die 6. Commonwealth-Literatur-Tagung über das Thema „The Creative Tension between Indigenous and Metropolitan Cultures“ statt. Die Organisatoren der Tagung, Dr. Eckhard Breiting, Beauftragter für den Schwerpunkt Afrikanologie an der Universität Bayreuth, und Dr. Reinhard Sander vom Lehrstuhl für Englische Literaturwissenschaft und Komparatistik haben bereits bei der Tagungsvorbereitung die Anführungszeichen zu dem Begriff der „Commonwealth-Literatur“ mitgedacht. Das grundlegende Ergebnis der Tagung ist, daß eben diese Konzeption der Commonwealth-Literatur als eine Reststruktur des britischen Kulturimperialismus entschieden in Frage gestellt wurde und damit auch Forderungen für neue organisatorische Strukturen bei der Beschäftigung mit der „World Literature written in English“ gefunden werden müssen. Darüber hinaus hat der bekannte kenianische Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o auch die Formulierung des Tagungsthemas – „the creative tension between indigenous and metropolitan cultures“ – in Frage gestellt. Dieser Begriffsgegensatz verschleierte und verharmloste die wirklichen Gegensätze, die zwischen nationaler und imperialistischer Kultur liegen.

Gerade in dieser sehr fruchtbaren Diskussion mit Ngugi wa Thiong'o wurde eines der wesentlichen Ziele dieser Konferenz verwirklicht und auch eine konkrete Erkenntnis erzielt: Die Tagung sollte einen Dreiecksdialog zwischen den deutschen, anglistischen Commonwealth-Literatur-Kritikern, ihren ausländischen Kollegen aus den jeweiligen Staaten oder Regionen und den Schriftstellern ermöglichen. Dies ist in einem hohen Maß erreicht worden. Für die deutsche Anglistik ist dies ein besonders wichtiges Ergebnis, da sie bisher strukturell noch hinter der internationalen Entwicklung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Literaturen hinterherhinkt.

Professor Douglas Killam von der University of Guelph in Ontario, Kanada, Präsident der Association for Commonwealth Literature and Language Studies, hat seinerseits mit

Fortsetzung von Seite 9

Gemeinsames Studium . . .

den können und deren Abschluß in Italien und der Bundesrepublik gleichermaßen anerkannt wird.

Außerdem nannte Pfeifer die Intensivierung des Austausches von Nachwuchswissenschaftlern, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Italienischen Forschungsrat und der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Ziel des Treffens.

Der Generaldirektor für höhere Bildung im italienischen Kultusministerium, Dr. Domenico Fazio, äußerte das Interesse der italienischen Seite an Übereinkünften bei gemeinsamen Forschungsprojekten und Studiengängen. Die Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Ländern und auch mit China sei bisher intensiver erfolgt, als mit den übrigen Ländern der EG, merkte der Kultusbeamte selbstkritisch an. Integrierte Studiengänge sah er als das beste Mittel an, „um die Mobilität von Forschern und Studenten zu verbessern“ und machte darauf aufmerksam, daß das italienische Hochschulwesen eine Differenzierung des Abschluszeugnisses vorsieht: das Diplom für den Einstieg in das Berufsleben und das Doktorat für reine Forschungszwecke.

großer Genugtuung vermerkt, daß die wissenschaftliche Arbeit auch zunehmend in Ländern wie Deutschland betrieben wird – und effizient betrieben wird –, die keinen historisch-politischen Konnex mit dem Commonwealth haben.

Die konkrete Erkenntnis, die man als Resultat der Tagung festhalten kann, ist, daß auf der Seite der wissenschaftlichen Kritik die Differenzierung zwischen den einzelnen Staaten und Regionen bereits weit vorangeschritten ist, insbesondere, daß sich eine Gruppierung mit unterschiedlichen Grundproblemen zwischen den „weißen“ ehemaligen Siedlerkolonien und dem „farbigen“ Commonwealth abzeichnet.

Aufseiten der Kritiker bildet sich der Kanadist, Australist oder Karibist heraus, der seinen Forschungsgegenstand sehr differenziert mit großer Detailkenntnis angeht. Dabei werden verstärkt soziologische und kulturanthropologische Forschungsansätze erprobt, die letztendlich auf eine interdisziplinäre Arbeitsweise hinauslaufen, wie sie in Bayreuth bereits versucht wird. Andererseits hat sich auch eine verstärkte Tendenz zu komparatistischen Fragestellungen gezeigt.

Eine ganze Sektion widmete sich den Vergleichen und Gemeinsamkeiten der Regionen und stellte damit den Aspekt „Weltliteratur“ in den Mittelpunkt. Bei den Autoren sind eine weit größere Übereinstimmung, größere Gemeinsamkeiten ihrer Interessenslage zu verzeichnen. Dies wird am deutlichsten im Verhältnis der Autoren zum Verlagswesen und zur feuilletonistischen Literaturkritik, die eben immer noch von New York und London aus kontrolliert wird.

Die kanadische Autorin Aritha van Herk hat sich mit großer Befriedigung darüber geäußert, daß sie auf dieser Tagung Gelegenheit hatte, mit anderen Autoren von außerhalb Kanadas zusammenzutreffen und damit die Universalität der Literaturschaffenden zu festigen, bei aller Verwurzeltheit in und Gebundenheit an die Heimatregion.

Der Tagungsort im IWALEWA-Haus hat ganz wesentlich zum Erfolg der Tagung beigetragen. Durch die reibungslose Zusammenar-

beit mit dem Leiter des IWALEWA-Hauses, Dr. Ulli Beier, und seinen Mitarbeitern, konnte der zentrale Erkenntnisgegenstand der Konferenz – die Literatur – in den Zusammenhang mit anderen Medien und Künsten gestellt werden. Film, Musik, Malerei und Grafik im Rahmenprogramm der Konferenz stellten eine ideale Ergänzung zum wissenschaftlichen Tagungsprogramm dar.

Offensichtlich haben die Tagungsteilnehmer auch dankbar die Gelgenheit wahrgenommen, im IWALEWA-Haus während der Pausen oder anstelle von Vorträgen die Ausstellungen zu australischer und afrikanischer

Fortsetzung nächste Seite

Protestschreiben an Kenias Präsidenten

Rund 80 Teilnehmer der 6. Commonwealth-Literatur-Konferenz haben Kenias Staatspräsident Daniel Arap Moi aufgefordert, die Meinungs- und Kulturfreiheit in dem ostafrikanischen Staat wiederherzustellen und sofort mehrere Dutzenden inhaftierten Intellektuellen entweder einen öffentlichen und fairen Prozeß zu garantieren oder aber sie freizulassen.

In einem offenen Brief drücken die Schriftsteller, Wissenschaftler und Publizisten aus der Bundesrepublik und mehreren Commonwealth-Ländern ihre „tiefe Sorge über die Verfolgung und Inhaftierung von Professoren, Studenten, Schriftstellern und anderen intellektuellen und politischen Dissidenten“ aus. Kenia habe als Unterzeichner der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen die moralische Verpflichtung, die Meinungs- und Gewissensfreiheit zu schützen, heißt es in dem Protestschreiben.

Arap Moi hatte nach einem gegen ihn gerichteten Putschversuch im August 1982 die kenianischen Universitäten schließen lassen. Trotz einer kürzlich erlassenen Amnestie würden politisch mißliebige Intellektuelle weiter verfolgt, hieß es am Rande der Bayreuther Konferenz.

Juristen „zur Spitze hin“ deutlich besser

Mit dem besten bayerischen Ergebnis hat der zweite Examensjahrgang der einstufigen Bayreuther Juristenausbildung seine Zwischenprüfung abgeschlossen. Von den 40 zur staatlichen Prüfung angetretenen Kandidaten bestanden 33 die Zwischenprüfung und wurden zu Rechtsreferendaren ernannt. Fast die Hälfte, nämlich 16 Kandidaten, schlossen die Prüfung mit einem Prädikats-examen ab.

Weitere 17 der einstufig ausgebildeten Bayreuther Jurastudenten erhielten die Note „ausreichend“, während nur sieben das Examenziel nicht erreichten. Daraus ergibt sich – ein weiterer nicht zum Examen angetretener Kandidat hinzugezählt – eine Durchfallquote von nur 19,5 Prozent.

Von seiten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde darauf hingewiesen, daß sich das Ergebnis gegenüber dem ersten Jahrgang – der ebenfalls die geringste Durchfallquote in Bayern, aber weniger Spitzenergebnisse aufwies – „zur Spitze hin“ deutlich verbessert hat.

Fortsetzung von Seite 10

Neue Impulse . . .

Kunst zu sehen. Damit war neben dem formellen Tagungsprogramm ein informeller Tagungsrahmen geschaffen, der mit Lesungen, Spezialitätenessen und Tanz ganz wesentlich zu einer gelösten, aber dennoch arbeitsintensiven Tagungsatmosphäre beigetragen hat.

Die Tagung fand ein starkes Echo bei der Presse. Neben den Tageszeitungen aus Bayreuth und Nürnberg haben die Deutsche Welle, Hörfunk und Fernsehen, der Bayerische Rundfunk, der Saarländische Rundfunk, Radio Zaire und der Neuseeländische Rundfunk über die Tagung berichtet. Außerdem waren eine Reihe freier Publizisten anwesend.

Folgende Schriftsteller haben während der Tagung aus ihren Werken gelesen: Beverley Brown (Jamaika), Angelita Reyes (USA), Michael Anthony (Trinidad), John Agard (Guyana), Wilson Harris (Guyana), Aritha van Herk (Kanada), Grace Nichols (Guyana), Jo Naxola (Fiji), Ridy Wiebe (Kanada), Gil Tucker (Jamaika) und Ngugi wa Thiong'o (Kenia).

Die Anwesenheit dieser Schriftsteller wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung der Botschaften Australiens und Kanadas, des Auswärtigen Amtes und des Bundespresseamtes, der Gesellschaft für Kanada-Studien, des Universitätsvereins Bayreuth, der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät der Universität und der Schmidt-Bank Hof und Bayreuth.

Eckhard Breiting
Reinhard Sander

3.-Welt-Kinder- und Jugendliteratur

Emanzipation ja – aber wie?

Das von Dr. Joachim Schultz (Lehrstuhl für Deutschdidaktik und Neuere deutsche Literaturwissenschaft) organisierte und geleitete Kolloquium „Die dritte Welt in der Kinder- und Jugendliteratur. Möglichkeiten der Begegnung“ am 17. und 18. Juni hatte – wie der Untertitel andeutet – das Ziel, Möglichkeiten der Begegnung zwischen der ersten und dritten Welt zu schaffen und im Hinblick auf die Kinder- und Jugendliteratur zu untersuchen. Diesem doppelten Ziel sind die Teilnehmer in bemerkenswerter Weise nahe gekommen.

Zum ersten war das Kolloquium selbst ein Anlaß zur Begegnung: unter den Vortragenden und den Zuhörern waren Afrikaner aus Senegal, Uganda, Ober-Volta, der Elfenbeinküste und aus Tanzania; Schriftsteller aus Guyana, Trinidad und Kanada; weitere Gäste aus Mexiko, Frankreich und Deutschland. Die Vorträge waren Anlaß zu langen, oft erregt geführten, aber fruchtbaren Diskussionen, die in den Pausen und am Abend weitergeführt wurden. Menschen vieler Nationen kamen miteinander ins Gespräch, sie stellten ihre Auffassung von Kinder- und Jugendliteratur und über das problematische Verhältnis zwischen der ersten und dritten Welt vor und lernten sich so besser kennen.

Zum zweiten wurden in acht Vorträgen und einem Film verschiedene Aspekte der Darstellung der dritten Welt in der Kinder- und Jugendliteratur erörtert, wurde in den Lesungen der Schriftsteller aus der Karibik neue Literatur für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Dabei ging es immer darum, Klischees, Vorurteile und Rassismus in Kinder- und Jugendbüchern zu kritisieren und gemeinsame Fragestellungen als Ausgangspunkt für eine nicht-rassistische Jugendliteratur zu finden.

Professor Dr. Dieter Richter aus Bremen zeigte, wie die Kinder Europas selbst zu den „kleinen Wilden“ der Gesellschaft gemacht wurden, wie diese Sichtweise leicht auf die Bewohner der dritten Welt zu übertragen war.

Joachim Schultz aus Bayreuth ging davon aus, daß viele Jugendliche Europas sich der Ausbeutung durch die moderne Arbeitsgesellschaft widersetzen, daß dieser Widerstand auch in den Ländern der dritten Welt zu finden ist. Sowohl in der Kinder- und Jugendliteratur Europas als auch in der Literatur für Jugendliche und Erwachsene aus Westafrika läßt sich dieser Widerstand belegen; er könnte zu einem gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung fremder Kulturen führen.

Die Senegalesin Pierrette Herzberger-Fofana stellte die junge Kinderliteratur aus dem Senegal vor, plädierte aber dafür, daß neben dieser am westlichen Vorbild orientierten Literatur auch die traditionellen Kulturinhalte den senegalesischen Kindern wieder nahe gebracht werden müssen. Sie vertrat so einen gemäßigten Standpunkt gegenüber anderen Afrikanern aus dem Senegal und

aus Ober-Volta, die in der Diskussion die im Senegal produzierte Kinderliteratur ablehnten, nicht zuletzt weil sie in Französisch geschrieben ist.

Frau Lore Schultz-Wild aus München gab einen Überblick über die neuesten Sachbücher für Jugendliche über die dritte Welt. Michael Anthony aus Trinidad brachte überzeugend zum Ausdruck, wie sehr das Erbe des britischen Empires noch heute die Literatur der Karibik beeinflusst.

Einen interessanten Versuch zeigte der Film über ein Theaterprojekt mit Jugendlichen von Else Natalie Warns: Wie weit ist es möglich, durch gemeinsames Theaterspielen dem Problem „Lepra in Afrika“ nahe zu kommen? Die Teilnehmer ließen sich von Frau Warns überzeugen, daß die Jugendlichen, die selbst in diesem Theaterprojekt mitgewirkt haben, ein informierteres Verhältnis zu diesem Problem durch ihre Theaterarbeit bekommen haben.

Über die Fragen, ob das gemeinsam erarbeitete Theaterstück die Zuschauer ebenso verändert habe, ob es dieser Theaterarbeit nicht doch an Pietät gegenüber den kranken Menschen mangle, wurde lange diskutiert. Der Ansatz von Frau Warns wurde letztlich im allgemeinen akzeptiert, wenn auch manche der Zuhörer lieber andere Wege gegangen wären.

Die kanadische Schriftstellerin Aritha van Herk versuchte, die Analogie zwischen der Darstellung der Menschen aus der dritten Welt und der der Mädchen und Frauen in der Kinder- und Jugendliteratur auf einen Begriff zu bringen: in beiden Fällen wird einer Gruppe von Menschen eine untergeordnete Rolle zugewiesen.

Einen hervorragenden Abschluß des Kolloquiums bildeten die beiden Vorträge von Grace Nichols und John Agard aus Guyana. Die guyanische Schriftstellerin zeigte, wie durch eine gute Kinderliteratur die Phantasie und Kreativität der Kinder emanzipiert werden kann. Der Schriftsteller und Schauspieler John Agard beschrieb sehr detailliert und aufschlußreich, wie bereits in der Sprache rassistische Vorurteile und Stereotype sich festgesetzt haben.

Viele Teilnehmer des Kolloquiums bedauerten, daß es an der Zeit gemangelt habe, um die einzelnen Vorträge ausführlich miteinander zu besprechen.

J. S.

Deutsch-französische Kulturbeziehungen Noch reichlich Defizite

Gemeinsam mit dem Centre Culturel Français in Erlangen und unterstützt vom Universitätsverein Bayreuth veranstaltete der Lehrstuhl für Romanische Literaturwissenschaft und Komparatistik Mitte Mai eine Tagung über „Deutsch-französische Kulturbeziehungen – Vermittlerfiguren und Wahrnehmungsprozesse 1789–1983“.

Wie schon die früheren Tagungen des Lehrstuhls („Literatur und Kolonialismus“ und „Literatur und die andern Künste“), verfolgte auch diese mehrere Ziele gleichzeitig: einmal sollte damit ein aktuelles Thema von nicht nur eng fachlichem Interesse aufgegriffen und öffentlich diskutiert werden, wobei den Organisatoren als Zielgruppe insbesondere auch die Französisch-Lehrer der Stadt und der Region vor Augen standen; zum anderen sollte gerade jüngeren Wissenschaftlern der Universität Bayreuth Gelegenheit gegeben werden, Ergebnisse ihrer Forschungen und von ihnen bearbeitete Themen vorzustellen und mit den auswärtigen Gästen und Referenten zu erörtern.

Wie schon bei den früheren Tagungen, war auch diesesmal die Zusammensetzung der Referenten sowohl interdisziplinär wie international. Neben den deutschen Teilnehmern gab es vier französische Referenten, neben Literaturwissenschaftlern kamen auch Historiker, Politikwissenschaftler, Didaktiker und der verantwortliche Französisch-Redakteur eines Schulbuchverlages zu Wort.

Die zwölf Vorträge, deren zeitlicher Rahmen von 1789 bis zur Gegenwart reichte, legten öfter einen Schnitt durch für die beiderseitigen Beziehungen besonders bedeutsamen Jahre der Französischen Revolution in den Vorträgen über Charles de Villers (M. Delon, Orleans) und Jean-Baptiste Cloots (W. Jost, Lille), von „Heines Paris nach 1848“ (D. Oehler, Frankfurt) und des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 (G. Kaiser, Gießen), 1982 als entscheidendes Jahr für die Rezeption des französischen Naturalismus in der deutschen Literatur (Y. Chevrel, Paris), 1934 bis 1936 als Jahre der Erfahrung des „neuen“ Deutschlands durch den faschistischen Autor Drieu La Rochelle (N. Aas/H.-J. Lüsebrink, Bayreuth) und die unmittelbare Nachkriegszeit nach 1945 mit ihren ersten tastenden Versuchen einer Wiederannäherung der beiden „Erbfeinde“ (V. Hell, Straßbourg).

Vermittlungsversuche deutscher Literatur und Philosophie nach Frankreich kamen ebenso zur Sprache wie umgekehrt. Einwirkungen und Auswirkungen französischer Ereignisse in Deutschland, so die „Dreyfuß-Affäre in der zeitgenössischen deutschen Publizistik“ (A. Prédhumeau, Berlin) oder die Vermittlungsversuche in beide Richtungen eines Carl Einstein (K. Kiefer, Bayreuth) und „elsässische(r) Schriftsteller zwischen Frankreich und Deutschland“ (E. Hötzel, Bayreuth).

Erstaunlich war, wie sich aus den Einzelthemen heraus immer wieder übergreifende Fragestellungen der deutsch-französischen Beziehungen und des Kulturaustausches allgemein entwickelten: die bedeutsame Rolle der Flüchtlinge und Emigranten (Ch. de Villers, J.-B. Cloots, H. Heine, C. Einstein, H. Mann), Aspekte des Kampfes um kulturelle Hegemonie, etwa in dem Vortrag über die „Ecole Française de Rome“ (B. Favrot, Bayreuth), wie der Zusammenhang von politisch-militärischer Vorherrschaft und kulturellem Anspruch. Bemerkenswert auch, wie viele der Vermittlungsversuche auf einem eindeutig vorgegebenen parteilichen Standpunkt – pro-deutsch etwa bei Villers, profranzösisch bei Cloots – beruhten, der kaum eine Korrektur durch Erfahrung zuließ.

Dabei wurde deutlich, daß eine Vermittlung, im Sinne eines geistigen Austausches und Näherrückens der beiden Nationen, nur dann gelingen konnte, wenn nicht nur die jeweiligen Informationen einer empirischen Nachprüfung standhielten, sondern auch auf die Vorurteile der jeweiligen Adressaten-Nation Rücksicht genommen wurde. Nur wenn die Nationen und ihre respektiven Kulturen in ihrer Relativität und Historizität begriffen wurden, waren Ausgleich und ein produktives Nebeneinander möglich.

Daß dieser Idealzustand auch heute, nach dreißig Jahren deutsch-französischen Vertrages, noch lange nicht erreicht ist, wurde freilich ebenso deutlich; und deutlich wurde auch, welche Defizite in diesem Bereich noch vorhanden sind: im Referat über „Frankreich in deutschen Schulgeschichtsbüchern“ (D. Tiedemann, Dortmund) konnte man z. B. erfahren, daß in manchen deutschen Schulgeschichtsbüchern eine für die französische nationale Identität so zentrale Gestalt wie die der Jeanne d'Arc nicht einmal erwähnt ist!

Um solche Defizite abzubauen und unsere Kenntnisse über das je andere Land zu mehren, käme es hierzulande vor allem auf eine Mehrung und Intensivierung der französischen Sprachkenntnisse an. Wie Vizepräsident Prof. Gröner in seinen Begrüßungsworten am Anfang der Tagung erinnerte, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg zwar verheißungsvolle Ansätze; wie aber im Laufe der Tagung ebenso deutlich wurde, drohen diese Ansätze inzwischen im Bereich der praktischen Bildungspolitik zu verkümmern.

Fazit: Auch im Bereich des kulturellen Austausches sind konkrete Ergebnisse nur um

„Unterstützung für Französischstudium“

Ein Großereignis von der Teilnehmerzahl her kann die Universität Bayreuth im Herbst 1984 erwarten: Rund 600 Französischlehrer und Autoren, Wissenschaftler sowie Lehrer aus dem französischsprachigen Raum außerhalb Frankreichs werden dann nämlich in die oberfränkische Regierungsstadt kommen, um hier den nächsten Kongreß der Vereinigung der deutschen Französisch-Lehrer über das Thema „Außereuropäische Frankophonie“ abzuhalten. Die Tagung bedeutet nach Angaben von Professor Dr. János Riesz (Lehrstuhl für Romanische Literaturwissenschaft und Komparatistik) eine „nicht unbeträchtliche Unterstützung für das Französischstudium in Bayreuth“.

Wie Professor Riesz zusätzlich bestätigte, ist auch ein Zusammenhang mit der internationalen Französischlehrer-Tagung im Sommer 1984 in Quebec zu sehen, bei der der Afroromanist in einer Arbeitsgruppe über die Bayreuther Bemühungen im Rahmen der Afrikanologie berichten wird, nämlich über die Erforschung der Literatur des frankophonen Afrika.

Forscheraustausch: Darstellungstheorie

Anfang Juli hat an der Universität Bayreuth der erste Darstellungstheoretiktag stattgefunden, der gemeinsam von den Universitäten Augsburg (Lehrstuhl Professor Dr. J. Ritter), Bayreuth (Professor Dr. Adalbert Kerber, Professor Dr. Wolfgang Müller) und Stuttgart (Professor Dr. K. W. Roggenkamp) veranstaltet wird. In jedem Semester soll er zukünftig einmal stattfinden.

Ziel der Veranstaltung war der wissenschaftliche Austausch auf dem gemeinsamen Forschungsgebiet Darstellungstheorie. Diese Theorie untersucht insbesondere die Darstellung von Gruppen und damit zusammenhängend Algebren. Gruppen sind mathematische Strukturen, die insbesondere bei den Untersuchungen und Anwendungen von Symmetrien auftreten, und zwar sowohl innerhalb der Mathematik als auch innerhalb der Naturwissenschaften (Physik und Chemie).

Während des ersten Darstellungstheoretiktages in Bayreuth wurden Übersichtsvorträge zu den Aktivitäten an den einzelnen Lehrstühlen gehalten, die die verschiedensten Anwendungen der Darstellungstheorie betreffen.

den Preis von persönlichem Einsatz und der Bereitschaft zu lernen zu erwarten, wenn sie nicht auf dem Niveau offizieller Verlautbarungen und Stammtisch-Fraternisierungen beschränkt bleiben sollen. János Riesz

11. Jahrestagung Deutsch als Fremdsprache Chancen weltweit gehört zu werden

Rund 150 Lehrer und Dozenten aus dem In- und Ausland, die ausländischen Studenten Deutsch als Fremdsprache (DaF) vermitteln und ihnen damit das sprachliche Rüstzeug für ein erfolgreiches Studium geben, trafen sich Ende Mai an der Universität Bayreuth zu ihrer 11. Jahrestagung. Veranstaltet vom Arbeitskreis Deutsch als Fremdsprache beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Bonn lag die örtliche Tagungsleitung bei Dr. Markus Motsch, der das Lehrgebiet Deutsch als Fremdsprache an der Universität Bayreuth vertritt.

Vizepräsident Professor Dr. Helmut Gröner vertrat bei der Eröffnung der Veranstaltung die Auffassung, das Lehrgebiet Deutsch als Fremdsprache eröffne die Möglichkeit, daß deutsche Forschungsergebnisse international mehr Beachtung finden. Die Sprache der internationalen Forschung sei zwar englisch, sagte Gröner, durch die Arbeit des Lehrgebietes als Teil der Germanistik werde aber die Chance eröffnet, die Verbreitung deutschsprachiger Forschungsergebnisse im Ausland zu fördern.

Professor Gröner unterstrich in seinem Vortrag auch die Forderung der Westdeutschen Rektorenkonferenz nach mehr Freizügigkeit beim Zugang zu deutschen Hochschulen. Durch zunehmend administrative Hindernisse wie etwa Zuzugsgenehmigungen würden unnötige Schranken errichtet, kritisierte der Wissenschaftler. Gerade junge und kleine Universitäten, die sich etwa wie die Universität Bayreuth in einem fachübergreifenden Forschungsschwerpunkt Afrikanologie mit dem Ausland beschäftigten, seien auf die Internationalität ihrer Mitglieder auch bei den Studierenden angewiesen.

In einer Resolution forderten die Tagungsteilnehmer dann auch eine sofortige Sonderregelung für Kinder von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern, die den unbehinderten Hochschulzugang ermöglichen soll.

Außerdem wurden Nachzugsbeschränkungen abgelehnt.

Mit großer Sorge, so die Resolution, werde die seit einigen Jahren restriktive Politik gegenüber dem Studium von Ausländern beobachtet. Die Forderung an Ausländer, die für einen Studienbeginn ausreichenden Deutschkenntnisse im Heimatland zu erwerben, sei völlig unrealistisch und werde faktisch zu einer Verhinderung des Studiums in der Bundesrepublik führen.

Weiter fordern die Tagungsteilnehmer eine Rücknahme von Plänen, die die freie Wahl des Hochschulortes einschränken und einen Studienfachwechsel unmöglich machen.

Bei der Tagung beschäftigten sich die Teilnehmer mit den Themenschwerpunkten Deutsch als Fremdsprache und Germanistik im In- und Ausland, wobei Aspekte des Faches als ein Bereich der Germanistik deutlich gemacht wurden, und als zweitem Schwerpunkt mit psycho-sozialen Problemen, denen sich ausländische Studenten während ihres Studiums ausgesetzt sehen.

In Arbeitsgruppen wurde die gewachsene Bedeutung der Phonetik im Sprachunterricht und das Thema offene Arbeits- und Übungsformen bei gemischt zusammengesetzten Gruppen behandelt.

len in der Schule sei. Damit knüpfte er mittels eines „geometrisch-algebraischen Permanenzprinzips“ (einfache Figuren werden durch einfache algebraische Gleichungen beschrieben und umgekehrt) wieder bei der Figurenlehre Descartes' an.

Anhand von ausführlichen Aufzeichnungen, die Professor Freudenthal als Nachhilfelehrer einer Schülerin angefertigt hatte, wies er nach, wie aus rein intuitivem Hantieren mit Vektoren ein sinnvolles Rechnen mit den negativen Zahlen erwachsen kann.

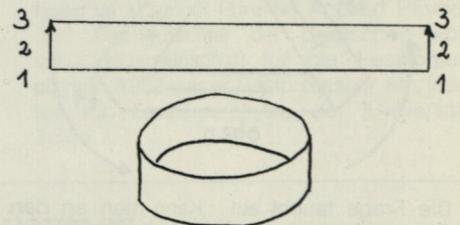
Die Sache mit den Möbiusbändern gestaltete Professor Dr. Zeitler zu einem Erlebnis für die Zuhörer. Wurden sie doch Zeugen, wie sich aus einer Mathematikvertretungsstunde (mit noch sieben Folgestunden) eine mathematische Theorie entwickelte.

Wie ist die Stunde abgelaufen?

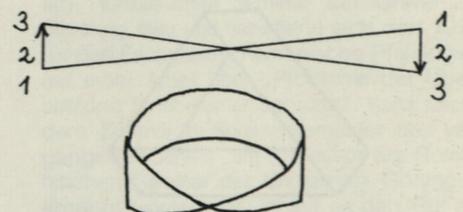
Eine Firma in Amerika hat sich mit einer simplen Idee ein gut bezahltes Patent erworben: Sie verdrillte einen Treibriemen. (Lehrer)

Die Neugier ist bei den Schülern geweckt: „Was ist daran schon patentwürdig?“

Die Schüler experimentieren mit Papier, Schere, Klebstoff und Farbstift: Ein Papierstreifen wird auf beiden Seiten mit verschiedenen Farben gekennzeichnet, verdrillt („getwistet“) und zusammengeklebt.



ohne Verdrillung entsteht ein zweiseitiges Zylinderband



mit Verdrillung entsteht ein einseitiges Möbiusband

Das Patent ist durchschaut: Der Treibriemen ist ein einseitiges Möbiusband und wird deshalb nur halb so stark abgenutzt.

Fortsetzung nächste Seite

Braintwister – or how to make a theory

Zum dritten Mal wurde Ende Januar an der Universität Bayreuth ein Mathematik-Didaktik-Kolloquium als regionale Lehrerfortbildung für Gymnasial- und Realschullehrer durchgeführt, das dazu dienen sollte, den Kontakt zwischen Schule und Universität zu verbessern.

Professor Dr. Freudenthal (Rijksuniversität Utrecht) hielt das erste Referat über die „Einführung der negativen Zahlen und ihre Operationen“. Im zweiten Referat berichtete Professor Dr. Zeitler (Universität Bayreuth) über „Die Sache mit den Möbiusbändern“. Eine kurze Diskussion beschloß die Veranstaltung.

Professor Dr. Freudenthal begann sein Referat mit einem Blick in die Geschichte der negativen Zahlen, die lange Zeit als „mathe-

matisches Spielzeug“ und nicht als vollwertige Zahlen galten. Der Referent fand es äußerst merkwürdig, daß niemand zur damaligen Zeit gemerkt hat, daß sich die negativen Zahlen bei der algebraischen Beschreibung von einfachen geometrischen Figuren in der Figurenlehre Descartes' vorzüglich hätten bewähren können.

Wie führt man negative Zahlen in der Schule sinnvoll ein?

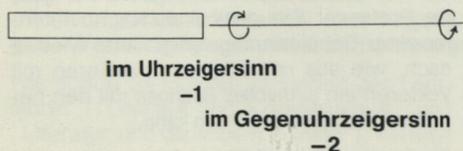
Ausgehend von Leonhard Eulers negativen Zahlen als Schulden, über Gattegnos rote und schwarze Rechenpfennige bis hin zum Pfeilmodell auf der Zahlengeraden, zeigte der Referent auf, daß nach Ansätzen des holländischen Didaktikers van Hiele der zweidimensionale Vektorraum das geeignete Modell für die Einführung der negativen Zah-

SPEKTRUM 3/83
erscheint im Dezember

Fortsetzung von Seite 13

Braintwister . . .

Schüler: Was passiert, wenn man öfters twistet? Wie herum kann man twisten? Ein Twistsinn wird festgelegt:



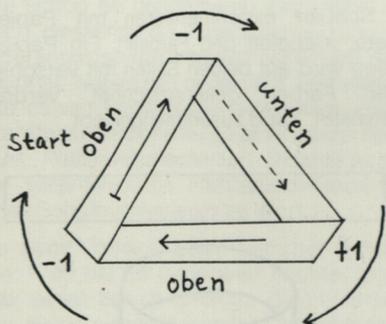
Das Experiment ergibt:

Bänder mit der Twistzahl

$\pm (2n-2)$ haben Zylindercharakter (sind also zweiseitige Flächen)

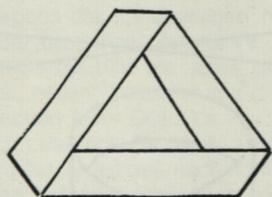
$\pm (2n-1)$ haben Möbiuscharakter (sind also einseitige Flächen)

Die Schüler bringen in die nächste Stunde plattgedrückte Möbiusbänder mit. Es sind Faltgebilde folgender Form entstanden:



Die Frage taucht auf: „Kann man an den Faltstellen erkennen, wie oft die Bänder ge twistet waren (welche Twistzahl sie haben)?“

Schüler: „Es gibt zwei Arten von Faltstellen!“



in der Rechtskurve	Faltzahl:
von unten nach oben	+ 1
von oben nach unten	- 1
Twistzahl	Summe der Faltzahlen
-1	+ 1 - 1 - 1 = - 1

Der Vergleich der verschiedenen Faltgebilde führt zur Vermutung:

„Die Summe der Faltzahlen ist die Twistzahl.“

Professor Zeitler skizzierte die Ausweitung dieser Theorie und berichtete zum Schluß

Umfrage zum Wandel des Karrierebegriffs Wende zur Schonhaltung?

Mit einem Vortrag zum Thema: „Grundwerte im Wandel – Folgerungen für die Personalführung“ begann Prof. Dr. Diether Gebert, Inhaber des Lehrstuhls Betriebswirtschaftslehre IV für Betriebliches Personalwesen und Führungslehre, die Ringvorlesung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth, die unter dem Motto „Grundwerte der Rechts- und Wirtschaftsordnung“ steht und sich hauptsächlich mit dem Grundgesetz und der sozialen Marktwirtschaft und ihren Ausprägungen befaßt.

Prof. Gebert begann seinen Vortrag mit der Frage, ob es in unserer Gesellschaft tatsächlich einen Wertewandel gibt, von dem in den Medien in der letzten Zeit so oft die Rede ist. Dabei stellte er eine Tendenz bei der Nachkriegsgeneration fest, die sich von einer materialistischen Wertauffassung hin zu einer postmaterialistischen Wertauffassung wandelt. Dabei treten Sicherheitsbedürfnisse (öffentliche Ordnung, Verbrechensbekämpfung etc.) und Versorgungsbedürfnisse (stabile Wirtschaft, Wirtschaftswachstum und Kampf gegen steigende Preise) in den Hintergrund. Es wird mehr Wert auf ästhetische (schöne Städte, Natur, Ideen zählen mehr als Geld) und intellektuelle Bedürfnisse sowie auf ein Zugehörigkeits- und Achtungsgefühl gelegt. Die Kernfrage und der Schwerpunkt des Vortrages lag jedoch bei der Frage, ob sich dieser Wandel auch in bezug auf den Begriff und die Auffassung von „Karriere“ niederschlägt.

Dazu hatten Prof. Gebert und ein Kollege an der Universität München eine Umfrage unter Studenten durchgeführt, deren Ergebnisse bei den Zuhörern Erstaunen und Verwunderung auslösten, vielleicht aber auch eine Stimmung trafen.

Anhand von 32 Begriffen sollten die Studenten den Begriff der Karriere einstufen. Dabei zeigte sich im Ergebnis beider Universitäten eine erstaunliche Übereinstimmung.

Das Bild der „Karriere“ schwankt sehr, wobei manche Begriffe – sympathisch, aktiv, vielseitig und stark – deutlich ausgeprägt waren, auf der Gegenseite aber auch: laut, gespannt und hart. Da sich aber daraus alleine keine endgültigen Ergebnisse ableiten lassen, wurden den Studenten in jeweils

noch über das unvorhersehbar große Echo, das seine Veröffentlichung dieser Stundenfolge ausgelöst hat.

Beide Referate haben exemplarisch aufgezeigt, daß Mathematik kein „Zuschauer-sport“ sein muß, sondern Sinnggebung und Motivation aus dem „Hantieren“ erfahren kann. Wenn der Berichterstatter noch anfügen darf, daß er zu Hause angekommen, gemeinsam mit seinen Kindern Papier und Schere zur Hand nahm, so mag das den mathematischen Lustgewinn aus dieser Lehrerfortbildung hinreichend beschreiben.

Wolfgang Tzschoppe,
Staatl. Gesamtschule Hollfeld

einem kurzen Text drei verschiedene Auffassungen von Karriere vorgestellt, bei denen der Student sich entscheiden mußte.

Zum Vergleich wurde die gleiche Umfrage auch unter deutschen Führungskräften durchgeführt. Die Ergebnisse erstaunten die Zuhörer sehr, besonders da sich wesentliche Unterschiede zwischen den Universitäten München und Bayreuth ergaben.

Prof. Gebert wählte drei Bezeichnungen für die jeweilige Auffassung, die zwar zum Teil ein wenig überspitzt sein mögen, aber den Kern treffen. Die orthodoxe klassische karriereorientierte Haltung vertraten in Bayreuth 35 Prozent, in München 21 Prozent und unter den Führungskräften 75 Prozent.

Die freizeitorientierte Schonhaltung vertraten in Bayreuth 41,5 Prozent der Studenten, in München 31 Prozent und bei den Führungskräften nur sieben Prozent.

Eine alternativ-engagierte Haltung vertraten in Bayreuth immerhin 23,5 Prozent, in München erstaunliche 46 Prozent und bei den Führungskräften 17 Prozent.

Als Endergebnis erläuterte Prof. Gebert, welche Anforderungen er persönlich für die Manager und Führungskräfte der Zukunft sieht, betonte dabei aber ausdrücklich, daß dies nur eine Auffassung sei, über die auch in der anschließenden Diskussion ausführlich und zum Teil kontrovers gesprochen wurde.

Die Manager und Führungskräfte der Zukunft sollten danach mehr Wert auf die Betonung der Person als Mensch legen, sie sollten ihre oftmals vorhandene Pseudo-Objektivität ablegen und auch einmal bereit sein, Partei zu ergreifen. Weiterhin sollten sie die Chance nutzen, mehr Berührung, mehr Identifikation mit ihren Mitarbeitern zu zeigen.

Aber auch das Lernen von Toleranz und die Bereitschaft zum Dialog mußte wieder mehr ausgeprägt werden, meinte Gebert. Besonders wichtig sei jedoch eine Offenheit für alternative Möglichkeiten, aber auch das Geradestehen für einmal getroffene Entscheidungen, also das Tragen von Verantwortung.

Die ersten Ansätze zu diesem Wandel in der Personalführung sind schon erkennbar. Die Chance der Zukunft heißt auf keinen Fall ein „Alles oder Nichts“, sondern eher ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen.

Martin W. Huff

Neue Professoren

Professor Dr. Frank Pobell

„Tiefsttemperatur-Rekordler“

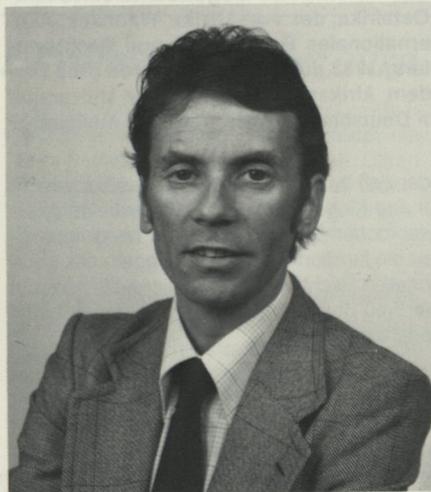
Prof. Dr. Frank Pobell, geboren am 9. August 1937 in Berlin, hat Physik an der Universität München studiert. Nach der mit Auszeichnung bestandenen Diplomprüfung war er von 1962 bis 1966 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Tieftemperaturforschung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Dort führte er u. a. bei Prof. Dr. Heinz Meier-Leibnitz seine Doktorarbeit über „Untersuchungen an Zinn und Indium-Zinn-Legierungen im supraleitenden Zustand mit Hilfe des Mößbauer-Effekts“ durch, mit der er 1965 an der Technischen Universität München promovierte.

Im Frühjahr 1966 wurde Dr. Pobell Wissenschaftlicher Assistent bei Prof. K. Dransfeld im Physik-Department der Technischen Universität München. Mit den hier durchgeführten Untersuchungen an supraflüidem Helium habilitierte er sich 1969 für das Fach Experimentalphysik. Von 1969 bis 1971 arbeitete der Physiker am Laboratory of Atomic and Solid State Physics der Cornell University, Ithaca, New York, USA.

Im Juli 1971 trat Dr. Pobell in die Kernforschungsanlage Jülich ein und leitete bis August 1975 eine Gruppe im Institut für Festkörperforschung, die sich mit dem superfluiden Phasenübergang von flüssigen ^4He und von ^3He - ^4He -Mischungen befaßte. Dieser Phasenübergang diente als Modell für den Test allgemeiner theoretischer Vorhersagen und Phasenübergänge. Die erzielten Ergebnisse haben große internationale Anerkennung gefunden. Dr. Pobell folgte Einladungen zu Gastaufenthalten am Physikalischen Institut der Georgischen Akademie der Wissenschaften in Tiflis/UdSSR, am Technion in Haifa/Israel und am Department of Physics der American University of Beirut/Libanon.

Einen Ruf auf die ordentliche Lehrkanzel für Angewandte Physik an der Universität Linz, den er im November 1974 erhielt, hat Dr. Pobell im Juli 1975 abgelehnt. Im September 1975 wurde er zum ordentlichen Professor am II. Physikalischen Institut der Universität zu Köln und zum Direktor des Instituts für Supraleitung und Tieftemperaturphysik am Institut für Festkörperforschung der Kernforschungsanlage Jülich berufen. Prof. Pobell war seit 1972 Mitglied des Wissenschaftlich-Technischen Rates der Kernforschungsanlage Jülich und von 1976 bis 1983 Mitglied des Aufsichtsrates.

In dem von Prof. Pobell von 1975 bis 1983 geleiteten Institut in Jülich wurden in dieser



Professor Dr. Frank Pobell

Zeit sieben Diplomarbeiten und zwölf Doktorarbeiten angefertigt; zwei seiner Mitarbeiter konnten sich während dieser Zeit habilitieren.

Das Hauptarbeitsgebiet des Instituts war die Physik und Technik ultratiefer Temperaturen. Mit einer in den Jahren 1977/78 ge-

bauten Apparatur zur Erzeugung sehr tiefer Temperaturen konnte im Dezember 1978 mit zunächst 160 Mikrokkelvin (0,00016 Grad über dem absoluten Nullpunkt, der bei $-273,15^\circ\text{C}$ liegt) die tiefste bis dahin erreichte Temperatur gemessen werden. Dieser „Tiefsttemperatur-Weltrekord“ konnte über 48 Mikrokkelvin bis auf 38 Mikrokkelvin (erzielt 1981) verbessert werden und fand auch Eingang in das Guinness-Buch der Weltrekorde.

Die sehr tiefen Temperaturen wurden eingesetzt, um Untersuchungen zum Magnetismus und zur Supraleitung von Metallen und an flüssigem Helium durchzuführen. Prof. Pobell plant, eine ähnliche Anlage, mit deren Aufbau bereits in Jülich begonnen wurde, an der Universität Bayreuth zu installieren. Diese Anlage soll es ermöglichen, das Verhalten von Materie bei sehr tiefen Temperaturen und gleichzeitiger Einwirkung von sehr hohen Magnetfeldern (bis 90 000 Gauß) zu untersuchen.

Der besondere Reiz der Tieftemperaturphysik liegt darin, daß niemand vorhersagen kann, welche Überraschungen und möglicherweise neue Phänomene ein neuer, dem Experiment zugänglich gemachter Temperaturbereich verborgen hält.

Prof. Pobell ist als Vertreter der deutschen Tieftemperaturphysiker Mitglied und Sekretär der Tieftemperaturkommission der International Union of Pure and Applied Physics und Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Festkörperphysik. 1982 war er Gastprofessor am Institut für Festkörperphysik der Universität Tokio.

Professor Dr. Rudolf Zimmer

Mehrsprachen-Linguist

Seit Oktober 1982 ist der Lehrstuhl für Romanische und Allgemeine Sprachwissenschaft in der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth mit Professor Dr. Rudolf Zimmer besetzt.

Der aus Püttlingen im Saarland stammende Linguist (Jahrgang 1941) studierte Romanistik, Linguistik und Finno-Ugristik – letzteres Fach beschäftigt sich mit einer Sprachengruppe, der u. a. das Finnische und Ungarische angehören – an den Universitäten Saarbrücken, Marburg, Göttingen, Paris, Helsinki, Budapest und Salamanca. Nachdem er 1966 an der Pariser Sorbonne ein erstes Diplom in Form der „Licence ès Lettres“ erworben hatte, promovierte Zimmer vier Jahre später an der Universität Göttingen mit einer Arbeit über „Aspekte der Sprachkomik im Französischen“ zum Dr. phil.

Seit 1970 war der Sprachwissenschaftler zunächst als Assistent und später als Dozent

am Romanischen Seminar der Universität Marburg tätig und habilitierte sich dort 1979 für das Fachgebiet „Romanische Philologie“ mit einer Arbeit über „Probleme der Übersetzung formbetonter Sprache“. Kurz nachdem Zimmer im Sommersemester des vergangenen Jahres zum Professor am Romanischen Seminar der Universität Göttingen ernannt worden war, erhielt er den Ruf an die Universität Bayreuth.

Die sprachwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte Professor Zimmers liegen in der kontrastiven Linguistik, der Übersetzungstheorie, der Phonologie, der Soziolinguistik – hier gilt sein Interesse u. a. dem französischen Argot – sowie sprachgeschichtlichen Fragestellungen (z. B. Vulgärlatein, Sprachwandel). Französisch und Iberoromanisch sind die sprachlichen Schwerpunkte des siebten Professors der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät.

*Forschung in Tansania***Kindschaftsrecht in einer Gesellschaft im Wandel**

Das Kindschaftsrecht in einer sich wandelnden Gesellschaft war Gegenstand eines fünfmonatigen Forschungsaufenthalts in Tansania, Ostafrika, der von Ulrike Wanitzek, Akademische Rätin am Lehrstuhl für Zivilrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung (Prof. Dr. Ulrich Spellenberg), bis Anfang 1983 durchgeführt wurde. Das Forschungsprojekt steht im Zusammenhang mit dem Afrikaschwerpunkt der Universität Bayreuth; die Reise wurde von dieser sowie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst finanziell gefördert.

Vielen Regeln des traditionellen Rechts stehen heute veränderte Lebensbedingungen gegenüber, für welche die alten Normen nicht mehr passen. Phänomene des modernen Lebens, wie Geldwirtschaft, Verstädterung, Schulpflicht, Berufstätigkeit der Frau usw., können von einem Rechtssystem, das unter ganz anderen ökonomischen und sozialen Bedingungen entstanden und gewachsen ist, nicht mehr angemessen berücksichtigt werden.

Traditionelles Recht geht von der Einheit und dem relativ engen Zusammenleben der erweiterten Großfamilie aus, von Subsistenzwirtschaft, von der Verfügbarkeit der Kinder als Arbeitskräfte sowie von einer auf Familie, Haus und Feld ausgerichteten Rolle der Frau.

Aufgrund der Tatsache, daß Frauen in tansanischen Agrargesellschaften kein eigenes Einkommen hatten, kam es beispielsweise aus rein ökonomischen Gründen gar nicht in Frage, daß eine Frau unverheiratet blieb



Sukuma-Kinder bei Kongolo, Magu-Distrikt in Tansania

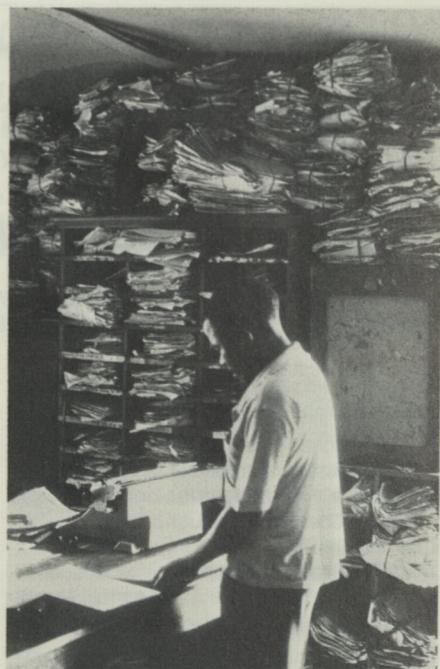
oder daß ihr möglicherweise das Sorgerecht für ihre Kinder nach einer Ehescheidung zugesprochen wurde. Entsprechend ignorieren die familienrechtlichen Regeln des traditionellen Rechts diese Möglichkeit, wodurch die Frau grundsätzlich vom Sorgerecht ausgeschlossen ist.

Ansprüche auf Kindesunterhalt, insbesondere für nichteheliche Kinder, waren nahezu unbekannt, da Kinder mitarbeiteten und kaum etwas kosteten; zudem war die erweiterte Großfamilie immer in der Lage, Problemfälle aufzufangen. Heute befindet sich wegen dieses Fehlens von Unterhaltsansprüchen eine unverheiratete Mutter, die allein in der Stadt lebt, in einer existenzbedrohenden Situation.

Vor allem die Personengruppen, für die die stärksten Veränderungen der Lebensbedingungen stattgefunden haben, die Frauen, jungen Leute und Kinder, befinden sich teilweise in einer rechtlich ungeschützten Situation, weil einerseits die Normen des traditionellen Rechts ihre neue Situation nicht mehr erfassen, und andererseits moderne Gesetze zu ihrem Schutz noch nicht existieren (oder zwar existieren, aber nicht angewandt werden).

Einen weiteren Anlaß für Konflikte bildet das Nebeneinander von mehreren ganz unterschiedlich konzipierten Rechtsordnungen. Seit 1971 ist in Tansania der Law of Marriage Act in Kraft, in welchem neben seinem Hauptgegenstand, dem Eherecht, auch einzelne Aspekte des Kindschaftsrechts geregelt und reformiert worden sind, wie Sorgerechtsverteilung und Unterhalt für eheliche Kinder. Grundlegende Fragen wie die der Ehelichkeit oder Nichtehelichkeit eines Kindes sind jedoch vom Law of Marriage Act nicht erfaßt, so daß in diesen Bereichen weiterhin autochthone (alteingesessene) und religiöse Normen (Islam) zur Anwendung kommen.

Durch den Law of Marriage Act wurde die nach traditionellem Recht wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Eheschließung, nämlich die Hingabe von Brautgut an den Vater der Braut, endgültig als Wirksamkeitserfordernis abgeschafft. Die Tatsache,



Primary Court in Tansania

ob Brautgut geleistet wurde oder nicht, war jedoch nicht nur für die Eheschließung selbst, sondern auch für den Status der in dieser Ehe geborenen Kinder von Bedeutung. Ein Kind galt erst dann als zur Familie seines Vaters gehörig, wenn dieser seine Brautgutverpflichtung erfüllt hatte. Andernfalls wurde es der Familie der Mutter zugerechnet, mit sämtlichen Konsequenzen für Sorgerecht, Erbfolge usw.

Mit der Abschaffung des Brautguts als konstitutivem Element der Eheschließung wurde jedoch nicht geregelt, von welchen Kriterien der Status des Kindes nunmehr abhängen sollte, weshalb es zunächst bei der Regelung durch das traditionelle (und religiöse) Recht blieb.

Dies führte zu einer zweigleisigen Rechtsanwendung: Hat ein Richter ausschließlich das Bestehen einer Ehe zu beurteilen, so darf er die Brautgutleistungen nicht berücksichtigen; geht es dagegen um den Status der Kinder, so ist gerade das Brautgut (nahezu) allein maßgeblich. Viele Richter folgen dieser Regel strikt, andere versuchen jedoch mit unterschiedlichen Konstruktionen, dieses unbefriedigende Ergebnis zu vermeiden.

Wie solche Konflikte, die zum einen durch nur teilweise durchgeführte Rechtsreformen, zum anderen durch gewandelte gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstände bedingt sind, im einzelnen aussehen, hat Ulrike Wanitzek insbesondere am Beispiel der Sukuma erforscht.

Die Sukuma, mit etwa zwei Millionen das größte Volk Tansanias, leben südlich bis südöstlich des Victoriasees in der Mwanza- und Shinyanga-Region. Ulrike Wanitzek besuchte in diesen beiden Regionen eine Rei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 16

Kindschaftsrecht ...

he von Primary Courts (die Gerichte der untersten Instanz, mit Amtssprache Swahili), wertete Gerichtsprotokolle familienrechtlicher Fälle aus und befragte die Richter und Gerichtsassessoren über die Rechtsanwen-

dung durch diese Gerichte und insbesondere über das autochthone Recht der Sukuma.

Material über kindschaftsrechtliche Fälle war auch an den Social Welfare Offices zu finden, die häufig als Vorstufe zu einer Klageerhebung von den Beteiligten aufgesucht werden, um sich beispielsweise für die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen Unterstützung zu holen.

Zu Gast aus Tansania: Professor Rwezaura

Auf Einladung der beiden Bayreuther Professoren Professor Dr. Ulrich Spellenberg (Lehrstuhl für internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung) und Professor Dr. Jürgen C. Winter (Lehrstuhl Ethnologie und Sozianthropologie) hält sich im Sommersemester der tansanische Jurist Professor Dr. B. A. Rwezaura in Bayreuth auf. Der mit Hilfe eines DAAD-Stipendiums nach Bayreuth gekommene Rechtsgelehrte nutzte die Zeit seiner Gastprofessur, um bei Fachgesprächen und Quellenstudien seine Forschungen im Bereich des Familien- und Verwaltungsrechts und der Rechtsanthropologie voranzutreiben.

Professor Rwezaura gehört der seit 1961 bestehenden ältesten ostafrikanischen Juristischen Fakultät an der Universität von Daressalam an, die bis 1971 Teil der University of East Africa war. An der Law Fakultät in Daressalam werden etwa 200 Studenten ausgebildet, wobei der Forschungsansatz des ostafrikanischen Rechts im Zusammenhang mit historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen betrachtet wird.

Der Studiengang für Juristen in Daressalam dauert drei Jahre und schließt mit dem Bachelor of Laws (LL. B.) ab. Daran schließt sich ein neunmonatiges Praktikum an, das die Voraussetzung für den Übergang in die Praxis bildet.

Professor Rwezaura, der unter anderem in Warwick (England) und der Makerere-Universität in Uganda studierte, war bis vor kurzem Vizedekan seiner Fakultät, gehört dem Council for Legal Education an, das über die Zulassung von Rechtsanwälten entscheidet, ist am High Court von Tansania als Rechtsanwalt zugelassen und gehört schließlich der Tanganyika Law Society, der dortigen Rechtsanwaltskammer, an.

Das Bild zeigt ihn umrahmt von seinen Gastgebern, Professor Dr. Ulrich Spellenberg (rechts) und der akademischen Rätin a. Z. Ulrike Wanitzek, die bei ihrem Forschungsaufenthalt in Tansania (siehe Bericht auf dieser Seite) Professor Rwezaura als dortigen Kontaktdozenten kennengelernt hatte.



Nichtjuristen, die beruflich mit Familienkonflikten unterschiedlichster Art zu tun haben, wie Ärzte, Pfarrer, Journalisten, wurden befragt, und last not least, „Betroffene“, d. h. Privatpersonen, die sich zu ihrer eigenen Familiengeschichte äußerten. Hier wurde auch versucht, Informationen über den wichtigen Bereich der informellen Streitbeilegung zu sammeln, welche quantitativ weit stärker ins Gewicht fällt als die gerichtliche Streit-schlichtung.

Schließlich waren die Bibliotheken des High Court in Mwanza und Daressalam, die Universitätsbibliothek und das Nationalarchiv in Daressalam weitere Stationen der Materialsammlung. Interessante Kontakte mit Mitgliedern der Juristischen Fakultät der Universität Daressalam begleiten diese Arbeiten; daraus ergaben sich erste Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Daressalam und Bayreuth, wie der Besuch von Professor B. A. Rwezaura in Bayreuth im Sommersemester 1983.

Wegen der angespannten Versorgungssituation und der zum Teil sehr unzureichenden Verkehrsverbindungen in Tansania gestaltete sich die Arbeit nicht immer einfach. Bevor die eigentlichen Ziele angegangen werden konnten, mußte häufig erst eine Vielzahl organisatorischer Probleme gelöst werden. Hier hat es sich als hilfreich erwiesen, daß durch eine von der Universität Bayreuth geförderte vorbereitende Reise im Jahr 1981 bereits einige Kontakte geknüpft werden konnten, die nicht nur für die wissenschaftliche Seite des Forschungsvorhabens, sondern vor allem auch für dessen praktische Durchführbarkeit wertvoll waren.

So hat ganz erheblich die offene und unkomplizierte Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft vieler Tansanier und in Tansania lebender Europäer dem Aufenthalt zum Erfolg verholfen. U.W.

Abonnement für Großkunden schlug gut ein

Eine Serviceleistung für die Bediensteten, die zudem eine erhebliche Kosteneinsparung für die Universität mit sich bringt, das Großkundenabonnement der Deutschen Bundesbahn, ist nach Angaben der Verwaltung positiv aufgenommen worden.

Das Anfang 1982 an der Universität eingeführte Großkundenabonnement gilt nur für Bahnfahrten innerhalb der Bundesrepublik. Die Kostenersparnis beträgt etwa 15 Prozent gegenüber normalen Fahrkarten der Bundesbahn. Die Fahrkarten werden über die Außenreferate der Fakultäten bzw. das Referat III/3 ausgegeben.

Glaana Bareida Schbrachkunde

„Die Sprache ist die Quelle der Mißverständnisse“, meinte einmal der bedeutende französische Schriftsteller Saint-Exupéry, und man könnte hinzufügen: auch in Bayreuth und Umgebung. Aber dies muß nicht sein, sagte sich Dr. Anthony Rowley, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für deutsche Sprachwissenschaft, und sann nach unterhalt-samer Lebenshilfe mit wissenschaftlichem Hintergrund. Was dabei herauskam, ist in dieser und den nächsten SPEKTRUM-Ausgaben nachzulesen. In dieser ersten Folge geht es zur allgemeinen Einstimmung um einige Besonderheiten des „Bareida Frängischn“, um Geographisches und Historisches, um Tradition und Identität.

Nicht nur für Norddeutsche – auch für Alt-bayern ist die hiesige Sprache einigermaßen ungewohnt; sogar der Bayerische Rundfunk sendet ja hauptsächlich gepflegte Töne aus dem Alpenraum, was die nordbayerischen Mundartdichter denn auch regelmäßig auf die Barrikaden treibt.

Am auffallendsten sind Sprachunterschiede in den Alltagsfloskeln. Dem Hinzugewander-ten aus dem Norden werden die hiesigen Gruß- und Fluchgewohnheiten bereits aufgefallen sein. Wer nicht aus der Reihe tanzen will, begrüßt beim Betreten eines Geschäftes mit „Grüb Gott, kurz „sGott“. Beim Abschied läßt man ein „Auf Wiedersehen“ hören, das als Lokalkolorit mit einem fränkischen „ng“ ausklingen kann: „Fieder-sehng“. Gute Bekannte begrüßt man mit „Grüb Dich“; auch „hallo!“ und das bairische „Servus“ sind zu hören. Wenn man auseinandergeht, sagt man sich „adé“ (mit dem Akzént auf der letzten Silbe).

Der fränkische Fluch ist ein so kompliziertes Gebilde, daß wir hier auf eine nähere Behandlung verzichten müssen. Die üblichen langweiligen Flüche mit „Sch...“ findet man hier wie überall. Fortgeschrittenen wird empfohlen, es mit einem „Dunnerkal“ oder „Saaigribbl“ zu probieren und sich sonst bei Alteingesessenen Rat zu holen.

Die Füllwörter schließlich, die kleinen Wörtchen, deren Bedeutung zwar recht diffus ist, die aber die Lebendigkeit der gesprochenen Sprache ausmachen, dürfen in keinem Satz fehlen. Neben „Gell?“ und „halt“ ist hier das unterstreichende „fei“ besonders wichtig; dieses Wort kann man nicht ins Hochdeutsche übersetzen.

Doch das Grüßen und das Fluchen allein machen das Wesen einer Sprache fei nicht aus – obwohl ein Einlenken in diesen Bereichen durchaus den Weg zum Fränkischen ebnen kann. Von der Zungenfertigkeit bis zur Wortwahl findet man halt in allen Bereichen typisch fränkische Züge. In den folgenden Beiträgen müssen einige der wichtigen Kapitel der Bayreuther Sprachlehre behandelt werden. Für diesmal aber wollen wir nur festhalten, woran wir – sprachlich gesehen – sind.

Bayreuth liegt im Osten Oberfrankens. Kein Wunder, daß man hier ostfränkisch spricht! Doch Vorsicht, die Bamberger, die Coburger, die Hofer sprechen wieder anders, auch dann, wenn sie nach der Schrift reden. Denn Oberfranken ist ein Staatsgebilde, das erst Napoleon aus vielen, zum Teil winzigen Herrschaften zusammengefügt hat. Und wo viele Herrschaftsgrenzen waren, entstanden auch gerne viele Sprachgrenzen. Genaugenommen hat also jedes Dorf eine eigene Mundart, und von Plankenfels behauptet man sogar, dort gebe es schon zwei Mundarten.

Andererseits war Bayreuth einmal markgräflische Residenzstadt, also etwas Feineres. Man denke nur an die vielen Beamten, die Gelehrten und Gebildeten, von Fürstin Wilhelmine ganz zu schweigen. Klar, daß man in der Stadt anders, „besser“ sprach, als in den Dörfern rundherum. Das Bayreuther Fränkisch ist eine Stadtsprache, deswegen ist sie der Schrift etwas näher als die ländlichen Dialekte.

Warum – werden Sie vielleicht abschließend noch fragen –, warum soll ich mich dafür interessieren, wie die hier reden. Ist doch sowieso kein richtiges Deutsch! Aber seien Sie auch hier vorsichtig: Sprache ist ein enorm potentes Zeichen der Identität. Man spricht wie die Leute, mit denen man gerne und oft zusammen ist, mit denen man immer wieder redet. Sprachliche Anpassung geschieht unbewußt, unbemerkt.

Angenommen, sie stammen aus Niedersachsen. Haben Sie nicht schon irgendwann ein „Braunbier“ oder ein „Weizen“ bestellt, als Sie ins „Wirtshaus“ gingen? Nicht schon – wenn auch das erste Mal noch zögernd – „Grüb Gott“ gesagt, als Sie zur Tür hineingingen? Und Ihre Kinder erst! Sie gehen ja hier in die Schule, fühlen sich hier zu Hause; und sie können nicht anders – wollen sie von den einheimischen Kindern akzeptiert werden –, als so zu sprechen, wie man hier spricht. Gerade bei Kindern merkt man ganz stark, daß sich ihre Sprache nach den Freunden und nicht nach ihren Eltern richtet.

Ich wurde einmal gefragt, was der Vater davon halten soll, wenn seine Kinder mit ihm ganz salopp bayreutherisch reden. Soll er es sein lassen oder doch lieber auf sprachlichen „Anstand“ dringen? Zu meiner Antwort von damals stehe ich noch heute: was für ein Vertrauensbeweis für die Eltern, wenn ihre Kinder mit ihnen reden wie mit ihrem gleichaltrigen Freundeskreis! Welchen Erfolg kann es haben, die Kinder dann noch zurechtzuweisen? Ich finde: nur Entfremdung. Man empfindet Tadel seiner Sprache doch als Tadel seiner Person. Selbstverständlich kann man Kinder trainieren, zu Hause „schön“ zu sprechen – aber zu welchem Preis?

Die Sprachforscher können nicht oft genug betonen, daß jeder Dialekt genausogut ist – als sprachliches System – wie die Schriftsprache. Ja manchmal ist der Dialektsprecher sogar besser dran.

In einer frühen Auflage seines „Deutschen Wörterbuchs“ schrieb der Märchensammler und Mitbegründer der wissenschaftlichen Sprachforschung, Jacob Grimm: „Jeder Deutsche, ... der sein Deutsch schlecht und recht weiß, d. h. ungelehrt, darf sich eine selbsteigene Grammatik nennen und kühnlich alle Sprechmeisterregeln fallenlassen.“ Diese Toleranz kam Grimm später abhanden.

Dennoch: Nehmen wir nur ein einziges gut-bekanntes Beispiel. Während das Schriftdeutsche beim Zahlwort *zwei* nur eine Form kennt, haben die ländlichen Dialekte um Bayreuth drei verschiedene Formen, je nachdem, ob das Wort, das folgt, männlich, weiblich oder sächlich ist.

So sagt man: der Gerch und der Fritzla, des sen elende Hundsgnochen, die zween (männlich)

aber: die Anna und die Reddl, des sen alda Raadschkaddl, die zwuu (weiblich);

und: die zwaa ghinner („Kinder“) sen ganz brav.

Als Zeichen altfränkischer Emanzipation ist das Zahlwort interessant, das man benutzt, um von einem männlichen und einem weiblichen Wesen zu sprechen; hier dominiert keineswegs das männliche, sondern es wird schön neutral das sächliche Zahlwort benutzt: „Der Gerch und die Anna, die vertrogn sich gud, die zwaa.“ – Sicher eine uralte Spracherscheinung.

Die Sprachform, die hier in Bayreuth sozusagen organisch von Vater zu Sohn weitertradiert wurde, ist der fränkische Dialekt, während die Schriftsprache erst mit der Errichtung der Residenz und richtig erst seit Einführung der allgemeinen Schulpflicht von oben hereingeführt wurde.

In der nächsten Folge geht es um Sprachregeln, die man tunlichst beachten sollte und vor allem um das Geheimnis, was denn nun das fränkische „I“ mit der Zungenfertigkeit und gar mit dem Semmelkloß zu tun hat.

Bayreuther Studiengänge vorgestellt

Der Studiengang Diplom in Geographie (Raumplanung) der Universität Bayreuth wendet sich an Studenten, die an *raumwissenschaftlichen* Fragen Interesse haben und bereit sind, sich mit Engagement in sozial-, wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Problemkreise räumlicher Phänomene einzuarbeiten. Dementsprechend ist diese Studienrichtung *interdisziplinär* ausgerichtet, wobei der Student dazu angeregt werden soll, die in den Lehrveranstaltungen vermittelten Informationen kritisch auf ihre Raumbedeutsamkeit zu überprüfen und diese in raumordnungspolitischen und -planerisches Handeln umzusetzen.

Das Studium gliedert sich in ein jeweils viersemestriges Grund- und Hauptstudium sowie eine daran anschließende zweisemestriige Prüfungszeit. Das Grundstudium umfaßt geographische Lehrveranstaltungen im Bereich der Physischen und der Sozial- und Wirtschaftsgeographie sowie Lehrveranstaltungen in den Fächern Volks- und Betriebswirtschaftslehre (insbesondere der Raumwirtschaftstheorie, Standorttheorie, Teile der Mikro- und Makroökonomie), Soziologie (insbesondere der empirischen Sozialforschung), Statistik, öffentliches Recht (insbesondere Planungsrecht) und Kartographie. Insgesamt verfolgt das Grundstudium das Ziel, dem Studenten einen Einblick in theoretische, praktische sowie methodische Fragen der *Raumforschung* zu ermöglichen.

Im Gegensatz dazu erfolgt im Hauptstudium die Hinwendung zu *raumordnungspolitischen* und *raumplanerischen* Fragestellungen. Es umfaßt im Bereich der Geographie neben den allgemein geographischen Veranstaltungen solche aus der Angewandten und Politischen Geographie, der Orts-, Regional- und Landesplanung, der vergleichenden Raumordnung (insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland sowie europäischen Ländern, teils auch der Entwicklungsländer), der Regionalökonomie und Raumordnungspolitik, der Planungsideologien und -utopien, der Luftbilddauswertung und Datenfernerkundung sowie der Statistik

Geographie

Für den fachlich Außenstehenden oder Studienanfänger ist es nicht immer sogleich einsichtig, was „Geographie“ eigentlich ist. Wörtlich genommen heißt Geographie „Erdbeschreibung“. Als solche war sie bis 1800 praktisch identisch mit „Kosmographie“ (Weltkunde), die Wissenschaft von der Erde und ihrer Stellung im Weltraum. „Erdbeschreibung“ in einer derartigen Auffassung war also mehr oder weniger eine Sammlung von Reiseschilderungen, Staatskunde oder Landschaftsbeschreibungen zu unterschiedlichen Zwecken.

Geographie als wissenschaftliche Disziplin entstand erst, als sich im Zuge der Industrialisierung die Naturwissenschaft in Hochschulen und Instituten organisierte und sich in Einzelgebiete aufteilte. Dies führte dann zu einer Trennung in eine „Physische Geographie“, in der die Natur an sich in den Mittelpunkt der Betrachtung rückte, und in eine „Anthropographie“, welche den Menschen an sich und im Rahmen seiner spezifischen Kultur zum Gegenstand macht. Damit ist die Spannweite der heutigen Geographie verständlich, die von der reinen Naturwissenschaft bis zur Sozialwissenschaft reicht.

und EDV (SPSS-Kursus in Datenverarbeitung und Computer-Kartographie).

Daneben umfaßt das Hauptstudium Veranstaltungen in zwei Wahlfächern, die entweder fachplanerische Aspekte (z. B. Agrarplanung, Investitions- und Gewerbeplanung, Verkehrs- und spezielle Stadtplanung) oder eine Vertiefung einzelner Teilgebiete der Nachbarwissenschaften (z. B. Volkswirtschaftspolitik, Marketing, Planungsrecht, Soziologie und Biogeographie) bzw. aus dem sprachwissenschaftlichen Bereich (z. B.

Englisch oder Französisch für Raumwissenschaftler) beinhalten.

Dieser *angewandte Studiengang* versucht auf allen Stufen der Ausbildung engen Kontakt mit der Praxis zu halten: Dies beginnt bereits mit dem *berufsbezogenen Praktikum* (Dauer drei Monate) des Grundstudiums, das bei einer Verwaltungs- oder Planungsinstitution sowie Betrieben der Wirtschaft zur weiteren Vertiefung des Faches und zum Kennenlernen der in der Praxis vorhandenen Organisationsmuster und Probleme abgeleistet werden kann (z. B. in kommunalen Planungsämtern, Landratsämtern, Regional- und Landesplanungsstellen, Landwirtschaftsämtern, Handwerkskammern, Kurdirektionen und Fremdenverkehrsverbänden, im Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, in Statistischen Ämtern und privaten Planungsbüros).

Erweitert wird dieses Ziel durch die „*Gelände-Praktika*“ im Grundstudium, in denen aktuelle Probleme der Planungspraxis diskutiert werden (z. B. „Vorbereitende Untersuchungen zum Entwurf eines Stadtentwicklungsplanes Ludwigsstadt“, „*Wirkungen der geplanten Maintalautobahn*“, „Grundlagen für ein Fremdenverkehrskonzept des Frankenwaldes“, „*Auswirkungen der Flurbereinigung im Weinbau*“); weiterhin durch *Projekt-Seminare* im Hauptstudium, mit in der Regel drei bis fünf Teilnehmern (z. B. „*Dorferneuerung Schönfeld*“, „*Stadtsanierung Weismain*“, „*Nutzen-Kosten-Analyse Weißenstädter See*“) und durch die studienabschließenden *Diplom-Arbeiten*.

Schließlich wird der Praxisbezug durch laufende Besuche von öffentlichen und privaten Raumplanungsinstitutionen im Rahmen von *Exkursionen*, durch *Gutachten* sowie durch die *Mitarbeit* in verschiedenen Planungsinstitutionen (z. B. Landesplanungsbeirat, Regionale Planungsverbände) zum Ausdruck gebracht.

Das Grundstudium wird durch die Ablegung des Vordiploms beendet, das aus vier mündlichen, jeweils halbstündigen Prüfungen in

Fortsetzung nächste Seite

Herkunft der Bayreuther Geographie-Diplom-Studenten

	Oberfranken	(davon Stadt + Land)	Oberpfalz	Mittelfranken	Unterfranken	Oberbayern	Niederbayern	Schwaben	restl. Bundesländer	Ausland	insgesamt
77/78	8	(5)	—	—	—	—	—	—	1	—	9
78/79	19	(13)	1	4	—	—	—	—	2	—	26
79/80	22	(9)	2	3	—	—	—	—	6	—	34
80/81	40	(14)	3	3	—	2	—	1	13	1	63
81/82	48	(20)	5	3	—	3	—	1	19	1	80
82/83	57	(23)	7	12	2	3	1	1	27	1	111
	51 %	(21 %)	6 %	11 %	2 %	3 %	1 %	1 %	24 %	1 %	100 %

den Fächern Wirtschafts- und Sozialgeographie und Physische Geographie sowie den beiden Wahlfächern (auszuwählen aus dem Fächerkanon Statistik, öffentliches Recht, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, empirische Sozialforschung) besteht. Die Haupt-Diplomprüfung besteht aus der Diplom-Arbeit, zwei vierstündigen Klausuren in den Hauptfächern „Angewandte Geographie“ und „Raumplanung“ sowie aus mündlichen Prüfungen in diesen Bereichen und in zwei Wahlfächern.

Der Unterschied zu anderen Studiengängen im Fach Geographie, auch gegenüber den meisten Diplom-Studiengängen in der Bundesrepublik, ist darin zu sehen, daß die juristische, wirtschaftswissenschaftliche und raumplanerische Ausbildung obligatorisch ist und im Rahmen der beiden Wahlfächer

im Hauptstudium vertieft werden kann. Gewisse Ähnlichkeiten sind mit den Raumplanungs-Studiengängen an den Universitäten Dortmund, Kaiserslautern und Trier vorhanden, wenngleich dort (mit Ausnahme von Trier) stärkeres Gewicht auf die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung gelegt wird.

Das Berufsfeld des Diplom-Geographen ist recht heterogen und muß von den Absolventen häufig erst erschlossen werden, da oft keine oder falsche Kenntnisse von den Einsatzmöglichkeiten eines Diplom-Geographen in der Praxis bestehen. Berufschancen sind u. a. auf folgenden Gebieten gegeben:

– Orts-, Regional- und Landesplanung sowie Bundesraumordnung einschließlich raumbedeutsamer Fachplanungen;

– Stadtentwicklungsforschung und Flächen-nutzungsplanung, Stadt-sanierung/-erneuerung;

– Agrarstrukturplanung, einschließlich Flurbereinigung, Dorfsanierung, sozioökonomische Beratung;

– Freizeit- und Fremdenverkehrsplanung;

– Entwicklungshilfe (Projektplanung und Durchführung/Regionalplanung);

– Raumbezogene Dokumentation und Statistik (Statistische Ämter aller Ebenen);

– Marktforschung, Gewerbestandort- und Investitionsplanung (Wirtschaftsverbände);

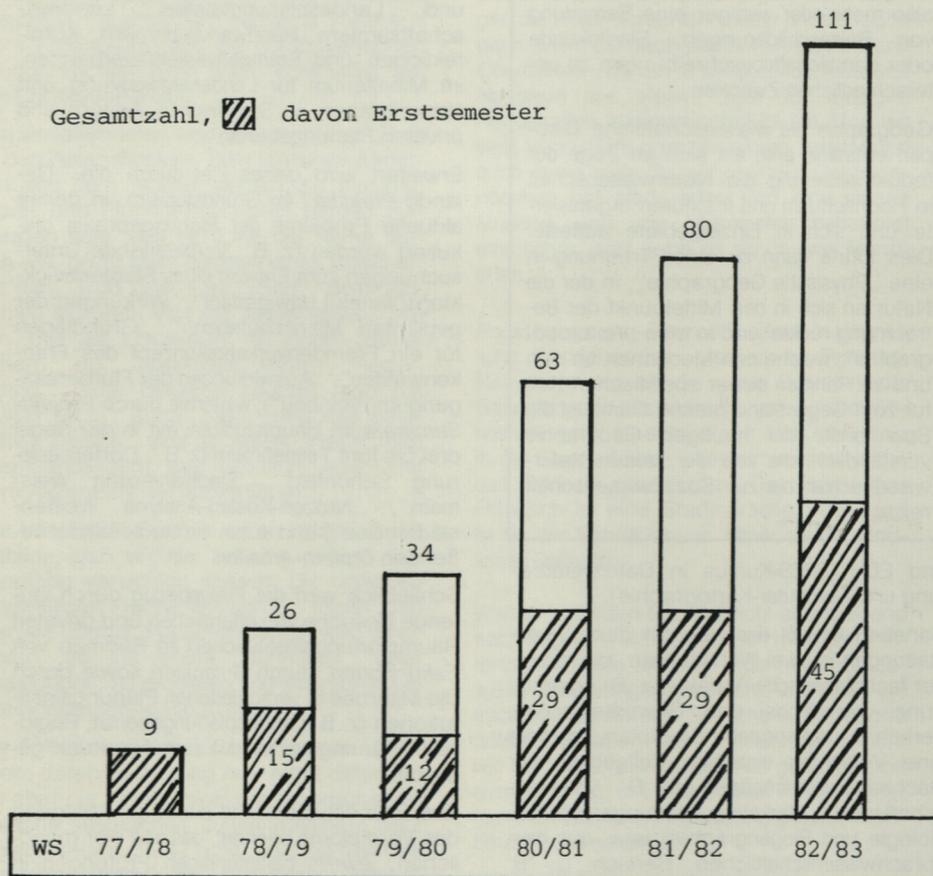
– Verlags- und Bibliothekswesen (Schulbuch-, Reiseführer-, kartographische Verlage);

– Presse, Rundfunk, Fernsehen;

– Erwachsenenbildung;

– Hochschul- und Forschungsinstitute und oder -institutionen.

Gesamtzahl,  davon Erstsemester



Im Wintersemester 1977/78 nahmen die ersten neun Studenten in Bayreuth den Diplom-Studiengang Geographie auf. Die Zahl der Studenten ist bis heute stetig angestiegen und hat sich bis zum Sommersemester 1983 mit 124 Studenten vierzehnfacht (siehe Graphik). Nachdem 1977/78 die oberfränkischen Studenten mit 89 Prozent der Studienanfänger dominierten, nur ein Hamburger hatte sich nach Bayreuth „verirrt“, nahm dann der Prozent-Anteil der oberfränkischen Studenten kontinuierlich ab. Im Wintersemester 1982/83 hatten „nur“ noch 51 Prozent eine oberfränkische Heimatanschrift. Gleichzeitig zog der Studiengang beginnend mit dem Wintersemester 1978/79 zunehmend Studenten aus den anderen Regierungsbezirken Bayerns und aus anderen Bundesländern an. So waren im Wintersemester 1982/83 erstmals alle bayerischen Regierungsbezirke mit zusammen 24 Prozent vertreten und damit ebenso stark repräsentiert wie die Studenten aus anderen Bundesländern. Zum Schluß wieder nach Bayreuth zurück: Etwa jeder elfte Bayreuther Geographiestudent kommt aus dem Landkreis, etwa jeder achte bis neunte aus der Stadt.

Iris Schneider
Dr. Heinz Pöhlmann

Veröffentlichungen

Wolfgang Bader / János Riesz (Hrsg.)

Literatur und Kolonialismus

Bayreuther Beiträge zur Literaturwissenschaft, Band 4, Frankfurt 1983

Den Sammelband „Literatur und Kolonialismus I“ haben jetzt die beiden Bayreuther Afro-Romanisten Wolfgang Bader und János Riesz herausgegeben. Der Sammelband versucht eine Annäherung an die – pointiert definierte – Einheit der europäischen Literatur als Literatur eines Kontinents von Kolonisatoren. Mit exemplarischen Analysen am literarischen Material studieren die Autoren des Sammelbandes kolonialbedingte literarische Formbestimmungen, spezifisch koloniale Wahrnehmungsmuster, literarische Mythenbildung, Legitimations- bzw. Oppositionshaltungen etc. und dokumentieren dabei in einem historisch wie geographisch weit gesteckten Rahmen vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart die vielfältigen Verstrickungen der europäischen Literatur in Programmatik, Durchführung und Konsequenzen der kolonialen Expansion. János Riesz ist Lehrstuhlinhaber für Romanische Literaturwissenschaft und Komparatistik der Universität Bayreuth, Wolfgang Bader sein Mitarbeiter.

Veröffentlichungen

Anthony Rowley

Fersentaler Wörterbuch: Fersentaler Dialekt – Deutsch-Italienisch (Vocabolario del dialetto tedesco della Valle del Fésina nel Trentino: Dialetto – Tedesco – Italiano)

In der Reihe „Bayreuther Beiträge zur Sprachwissenschaft – Dialektologie“, Buske-Verlag, Hamburg 1983, 295 S., 42,- DM

Die 4000 Einträge in diesem Wörterbuch von Dr. Anthony Rowley, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für deutsche Sprachwissenschaft, decken die Alltagssprache und den Bereich des bäuerlichen Wortschatzes dieser deutschen Sprachinsel-Mundart ab. Dem Dialektwort wird jeweils eine hochdeutsche und eine italienische Übertragung beigegeben. Häufig verweist der Autor auf andere Wörterbücher und macht Angaben zur Herkunft und Geschichte des jeweiligen Wortes. Als Quellen dienten Rowley hauptsächlich Tonbandaufnahmen und Aufzeichnungen von Befragungen, die er von 1974 bis 1982 selbst im Fersental machte.

Wend-Uwe Boeckh-Behrens

Badminton heute

Intermedia Verlag, Krefeld 1983, 264 S., 19,80 DM

ISBN 3-9800795-0-3

Die Erfahrungen als ehemaliger Badminton-Bundesligaspieler und erfolgreicher Trainer sowie die Ergebnisse sportwissenschaftlicher Untersuchungen hat Wend-Uwe Boeckh-Behrens, Studiendirektor im Institut für Sportwissenschaft, in einem Hand- und Lehrbuch für Trainer, Sportlehrer und Übungsleiter zusammengefaßt. Auf 260 reich bebilderten Seiten schildert der Autor Technik, Training und Taktik des Badmintonspiels und weist auf Geschichte, Charakteristik und zweckmäßige Ausrüstung dieses oft unterschätzten harten Wettkampfsportes hin. Der Lernende findet hier die notwendigen Informationen zur Aneignung der zweckmäßigsten Technik wie der Vereinsspieler die genauesten Anleitungen zur Verbesserung seiner Leistung und der aktive Spitzenspieler alles Wissenswerte über Trainingsplanung, Durchführung und Auswertung. In dem Buch werden z. B. Bewegungsabläufe anhand von Serienfotos darge-

stellt und im Text genau beschrieben und im Kapitel „Taktik“ Ergebnisse von Untersuchungen bei Turnieren mit Spitzenspielern über die Häufigkeit von Treffpunkten und die Verteilung von Gewinner- und Verliererräumen auf dem Spielfeld vorgestellt.

János Riesz/Richard Taylor/Thomas Bleicher (Hrsg.)

Literatur und die anderen Künste

Nr. 5/6 (1982) der Reihe „Komparatistische Hefte“, Redaktion: Wolfgang Bader/Hans-Jürgen Lüsebrink/Reinhard Sander

Verlag Lorenz Ellwanger, Bayreuth 1983, 259 S., 30,- DM

ISSN-Nr. 0172-9209

Joshua B. Sempebwa

Schuld und Umkehr in den afrikanischen Naturreligionen

in: „Schuld und Umkehr in den Weltreligionen“, von Michael Sievernich und Klaus Philipp Seif (Hrsg.)

Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1983, 139 S.

Walter Gebhard

Nietzsches Totalismus – Philosophie der Natur zwischen Verklärung und Verhängnis

Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York, Mai 1983, in der Reihe „Monographien und Texte zur Nietzsche-Forschung“, Band 8, 398 Seiten, 138,- DM

ISBN 3-11-008958-0

Bei diesem Werk des Bayreuther Lehrstuhlinhabes für Deutschdidaktik und Neuere Deutsche Literaturwissenschaft handelt es sich um den ersten Teil der Habilitationsschrift Gebhards, in der das widersprüchliche Denken Nietzsches sprach- und ideologiekritisch untersucht wird. Dessen naturphilosophische Frage nach dem „Zusammenhang der Dinge“ wird auf gleichnishafte und religiöses Denken zurückbezogen. Der zweite Teil der Habilitationsschrift erscheint voraussichtlich noch im Sommer unter dem Titel „Der Zusammenhang der Dinge – Gleichnis und Naturverklärung im Totalitätsbewußtsein des 19. Jahrhunderts“. Diese geistesgeschichtliche Un-

tersuchung des 19. Jahrhunderts im Spannungsfeld zwischen Leibniz und der Jahrhundertwende analysiert Schopenhauer, Fechner, Lotze, Hartmann und Haeckel als Verklärer der Natur und Wegbereiter der neuromanischen Ästhetik und Dichtung.

Johannes Burger

Freizeitverhalten Jugendlicher im peripheren Raum – Beispiel aus dem Landkreis Tirschenreuth

Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 22, Bayreuth 1983, 129 S.

Herausgegeben vom Institut für Geowissenschaften (Prof. J. Maier) der Universität Bayreuth

Kritisch gelesen

Das vordringlichste Studium des Menschen sei der Mensch, so formuliert Alexander Pope den Forschungsauftrag der Aufklärung, die sich damit die menschlichen Existenzbedingungen und Verhaltensformen – neben der naturwissenschaftlichen Forschung – zum zentralen Gegenstand innerhalb ihrer Philosophie, Pädagogik und Literatur nimmt. Da aber das Anormale eher ins Auge fällt als das Normale, konzentrierte sich das 18. Jahrhundert, wie sich etwa in dem von Karl Philipp Moritz zusammengestellten „Magazin zur Erfahrungsseelenkunde“ zeigt, auf die Erscheinungen am Rande der Gesellschaft. Dazu gehört auch die Kriminalität, die sich im vorrevolutionären Frankreich eines großen öffentlichen Interesses erfreute.

Dieser Zusammenhang von Kriminalität und Aufklärung ist das Thema der Dissertation von Hans-Jürgen Lüsebrink, angefertigt am Lehrstuhl für Romanische Literaturwissenschaft der hiesigen Universität und mit dem Preis der Stadt Bayreuth ausgezeichnet. Sie liegt jetzt gedruckt vor.

Lüsebrink geht von einer ungebrochenen Aktualität des aufklärerischen Interesses an Kriminalität aus. Er verweist auf den Fall des Gangsters Jaques Mesrine, der 1979 von der französischen Polizei erschossen wurde: Mesrine sei ähnlich wie 225 Jahre zuvor der berühmte Schmugglerführer Mandrin von der breiten Öffentlichkeit als „geniale, faszinierende, mythologisierte“ Gestalt aufgefaßt worden.

Gerade diese anhaltende Tradition läßt es Lüsebrink notwendig erscheinen, deren historische Entstehungsbedingungen wissenschaftlich zu untersuchen.

Er stützt sich dabei auf drei Quellengruppen: die volkstümliche Kolportage- und Untergrundliteratur, die Leben und Taten berühmter Krimineller, zum Beispiel des Pariser

Fortsetzung nächste Seite

Rechenzentrum: 2 Tonnen Papier verbraucht

Der Versuch, sich aus dem Alltagsbetrieb zu lösen, um einen Überblick über einen größeren Zeitraum zu gewinnen, ist oft lohnend, da der Fortschritt meist in kleinen Schritten erfolgt. So bietet es sich auch beim Hochschulrechenzentrum an, das vergangene Jahr zu betrachten.

Es überrascht nicht, daß die Benutzung des Zentralrechners gestiegen ist, aber eine Zunahme der verrechneten Rechenzeitstunden von 1585 (1981) auf 3041 und die Zunahme der Anzahl von „Jobs“ von 50635 auf 63629 ist doch beträchtlich. Dabei haben unsere Benutzer 34035 Stunden mit inzwischen ca. 60 Terminals gearbeitet (doch wirklich gearbeitet, da nach 15 Minuten Untätigkeit ein Rauswurf erfolgt!) und wegen der stark dialogorientierten Arbeitsweise doch nur 271427 Blatt Schnelldruckerpapier (ca. zwei Tonnen) und 24360 Blatt Schreibmaschinenpapier verbraucht.

Interessant ist vielleicht auch die wirtschaftliche Seite des Zentralrechners. Der Marktpreis für eine Rechenzeitstunde betrug 1982 1200 DM (tagsüber) bzw. 1080 DM (nachts) und 540 DM (am Wochenende). In dersel-

ben Zeitstaffelung war der Preis für eine Terminalarbeitsstunde 30 DM bzw. 25 DM und 20 DM. Man kann sich leicht ausrechnen, daß der eigene Rechner für die Universität Bayreuth doch recht rentabel ist.

Oft taucht die Frage auf, was an einem Rechner eigentlich gemacht wird. Bei einem Hochschulrechner sind die Aufgaben recht vielfältig und reichen von der Entwicklung numerischer Verfahren über die Bearbeitung ungeheurer Datenmengen aus dem Bereich Biologie bis hin zur Textverarbeitung. Dabei werden von unseren Benutzern so „leichtverständliche“ Themen wie „Loxodromen und Orthodromen auf Zylinder, Kugel und Kegel“, „Chaotische Systeme und nicht-lineare Elektron-Phonon-Systeme“ und „Simulation der Moleküldynamik bei Pikosekundenanregung“ bearbeitet.

Im Jahre 1983 werden sicher neue, interessante Arbeitsgebiete unserer Benutzer dazukommen, wobei neuerdings durch Bereitstellung von rund um die Uhr verfügbaren Nebenstellen-Druckern der Tatendrang unserer Benutzer wieder etwas weniger begrenzt wird.

Fortsetzung von Seite 12

Kritisch gelesen

Räubers Cartouche, darstellt; die „Causes Célèbres“, eine Sammlung bedeutender Rechtsfälle, die auch als „Pitaval-Geschichten“ bekannt und von Friedrich Schiller ins Deutsche übersetzt worden sind; schließlich die zahlreichen Akademie-Preisschriften, die die Themen Kriminalität und Justizreform abhandeln.

Lüsebrink nähert sich seinen Texten unter anderem mit den Methoden der Textlinguistik und des Strukturalismus, der Kulturosoziologie und der Rezeptionsforschung. In seiner Untersuchung der literarischen Darstellungen – wobei hier literarisch in seinem weitesten Zusammenhang gemeint ist – der Verbrecherlaufbahnen Mandrins, Cartouches, Damiens' und Desrues' benutzt er vorwiegend die Methoden der Linguistik, die es ihm ermöglichen, in der Struktur der Texte und ihrer Erzählstrategien ein ideologisch bestimmtes Interesse an diesen vier Gestalten festzustellen. Den vier Fällen ist gemeinsam, daß sie, wie Lüsebrink schreibt, „ideologisch besetzte, politisch brisante soziale Konflikte“ anzeigen, wie sie das Vorfeld der Französischen Revolution kennzeichnen.

Die „Causes Célèbres“ unterwirft der Verfasser zunächst einer „quantitativen Analyse“, um Ordnung in die Fülle des 253 Bände umfassenden Materials zu bringen, ehe er an die Untersuchung des „ideologischen Begriffsraums“, des sozio-kulturellen Hintergrundes der Texte geht. Die „Causes Célèbres“, so das Ergebnis, vermittelten dem zeitgenössi-

schon Publikum einerseits konkrete Handlungsanleitungen, andererseits hielten sie zur Kritik an den sozialen Verhältnissen an. Diese Fähigkeit einer größeren Öffentlichkeit zur Kritik an gesellschaftlichen Ursachen von Verbrechen gewinnt eine zweifello politische Dimension, wenn man sie im Licht der Revolution betrachtet.

An diese Sammlung realer Rechtsfälle knüpft auch eine deutsche Tradition literarisch anspruchsvoller Pitaval-Geschichten an, die mit Schiller beginnt und bis zu Egon Erwin Kisch reicht. Ähnliches gilt für die Gruppe der Kolportagegeschichten, aus denen sich im 19. Jahrhundert der moderne Kriminalroman entwickelte.

Die Untersuchung der akademischen Preisschriften führt Lüsebrink zu ganz ähnlichen Schlußfolgerungen: Auch sie sind geprägt vom wachsenden gesellschaftlichen Interesse an Kriminalität und erweitern das kritische Potential ihrer Leserschaft.

Die Analyse des Zusammenhangs von Aufklärung und Verbrechen scheint auch deshalb sinnvoll, da die folgende Revolution eine völlige Verwahrlosung der Rechtsbegriffe des Ancien Regime herbeiführt und neues Recht schafft. Man hätte sich als Ergebnis der Studie auch eine solche Perspektive auf die Revolutionszeit gewünscht. So steht man aber am Ende doch ein wenig orientierungslos vor der mit großem Fleiß geführten Materialschlacht und weiß nicht immer, wofür gestritten wurde. Andererseits bietet Lüsebrinks Buch solides Basiswissen über einen Aspekt der Aufklärung in Frankreich.

Angelika Rüska

Weichen gestellt für integriertes Auslandsstudium

Um das Ziel des Bayreuther Fremdsprachenkonzepts – die Beherrschung einer Fremdsprache bis zur Verhandlungsfähigkeit – noch besser erreichen und dem Bayreuther Studenten Auslandserfahrung bieten zu können, wurden vor zwei Jahren von dem Fremdsprachenbeauftragten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Diether Gebert, dem Leiter des Akademischen Auslandsamtes, Dr. Heinz Pöhlmann, und dem Studenten der Betriebswirtschaftslehre, Volker Rohde, die Weichen für das integrierte Auslandsstudium gestellt.

Sinn und Zweck des integrierten Auslandsstudiums liegen darin, den Bayreuther Studenten der Betriebswirtschaftslehre einen einjährigen Auslands-Studienaufenthalt zu ermöglichen, in dem der Student die Fremdsprache vor Ort perfektionieren als auch Land und Leute kennenlernen kann, ohne daß ihm in finanzieller und fachlicher Hinsicht Nachteile entstehen.

Das Finanzierungsproblem ließ sich bei unserem Vorhaben leicht lösen. BAföG-Studenten werden von den BAföG-Ämtern weiter gefördert, ohne daß das Auslandsjahr auf die Förderungshöchstdauer angerechnet wird. Für die anderen Studenten besteht die Möglichkeit, die vom DAAD zur Verfügung gestellten Stipendien in Anspruch zu nehmen und so ihren Aufenthalt in Frankreich zu finanzieren.

Das zu lösende Hauptproblem lag somit nicht wie sonst meistens im finanziellen Bereich, sondern darin, daß eine Universität gefunden werden mußte, die von ihrem Konzept und den Studieninhalten dem Bayreuther Konzept sehr nahekommt und die auch bereit ist, das integrierte Auslandsstudium mitzutragen, damit der Austausch beidseitig vollzogen wird.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz konnte im März des vergangenen Jahres während einer Informationsreise nach Perpignan der Grundstein für eine fruchtbare Kooperation mit der Université de Perpignan gelegt werden. Fruchtbar insofern, als daß alle offenen Fragen wie Erlaß der Studiengebühren, Unterbringung in Studentenwohnheimen, Anerkennung der Leistungsnachweise usw. positiv geklärt werden konnten und schon im November 1982 die ersten beiden Bayreuther Studenten, Andreas Wißling und Ralf Friedlein, für ein Jahr nach Südfrankreich gehen konnten. Sie bereuen es nicht, als Pioniere in Perpignan zu sein und raten jedem Bayreuther Studenten, diese Möglichkeit wahrzunehmen.

Noch in diesem Jahr werden voraussichtlich wieder einige Bayreuther gen Süden starten

Fortsetzung nächste Seite

Vom Universitätsverein notiert

Langobardentreffen

Am Samstag (18. Juni) trafen sich gut 40 Teilnehmer, die sich für die Neubauten unserer Uni interessierten, bei der technischen Zentrale, um zunächst die „Teilbibliothek Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ zu besuchen.

Bibliotheksdirektor Dr. Wickert erläuterte ausführlich, wie man heute die Bibliothek einer Universität zentraler als in den alten Universitäten organisiert und durch eine Aufgliederung in Teilbibliotheken, die der Allgemeinheit zugänglich sind, dennoch mehr Nähe zum Benutzer gewinnt. Die verfügbaren Mittel (bisher über 22 Mio. DM) wirken auf diese Weise viel effektiver als bei den früheren „Lehrstuhlbüchereien“, weil „Kantönl-Anschaffungen“ unterbleiben und man die größeren „Teilbibliotheken“ mehr als früher mit übergreifenden Büchern und Zeitschriften ausstatten könne.

Viele Fragen aus dem Besucherkreis zeigten, wie ungewohnt diese Gliederungsform Absolventen und Studenten der „alten Unis“ ist. Die Übersichtlichkeit und der leichte Zugang (an Sichtgeräten und Microfiches) zum Katalog über den Gesamtbestand, auch für zunächst noch unbestimmt Suchende, fand großes Interesse.

Förderangelegenheiten

In den zurückliegenden Monaten hat sich der Universitätsverein bis an die Grenzen seiner Mittel für die Förderung der Universi-

Fortsetzung von Seite 22

Weichen gestellt . . .

und im Gegenzug dazu in den Monaten Juli und August zwei junge Südfranzösinen während eines Praktikums im Fremdenverkehrsverein in Bayreuth verweilen.

Durch diesen Erfolg ermutigt und um einige Erfahrungen reicher wurden dann erste Kontakte nach England geknüpft und mit der University of Aston in Birmingham und der University of Leeds zwei Interessenten gefunden. Während einer Kontaktreise im März dieses Jahres wurden nach bewährtem Schema alle wichtigen Fragen geklärt und der Abschluß eines Kooperationsvertrages in die Wege geleitet. Es bedarf noch einiger Detailarbeiten, aber einem Austausch ab dem Wintersemester 1983/84 steht nichts mehr im Wege, es sei denn, es lassen sich keine Studenten finden, die das einmalige Angebot – Anerkennung der Studienleistungen, Unterbringung in Wohnheimen, Tutoren, finanzielle Unterstützung usw. – wahrnehmen möchten.

Volker Rohde
Dr. Heinz Pöhlmann

tät Bayreuth engagiert. Zu Buche schlagen dabei vor allem die Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen zugunsten der Universität, über die gegenwärtig noch verhandelt wird. Zu den jüngsten geförderten Projekten gehören weiterhin Zuschüsse für die Veranstaltung einer Reihe wichtiger Tagungen an der Universität (Tagung „Deutsch-französische Kulturbeziehungen“, 19. bis 21. Mai; Jahrestagung der Deutschen Genetischen Gesellschaft, 2. und 3. Juni; Commonwealth-Literaturtagung und Kolloquium über die Dritte Welt in der Kinder- und Jugendliteratur, 17. bis 20. Juni, sowie weitere Tagungen, die in der zweiten Jahreshälfte stattfinden), ein Zuschuß für die wissenschaftliche Zeitschriftenreihe „Komparatistische Hefte“, ein Zuschuß an das Forschungsinstitut für Musiktheater in Schloß Thurnau, ein Zuschuß an die Zentra-

le Technik der Universität für den Erwerb von Sicherheitsschuhen und anderes mehr.

Studentenjobvermittlung

Auf Anregung des „Studentischen Konvents“ hat das Arbeitsamt Bayreuth eine Schnellvermittlung für stundenweise Aushilfsarbeiten aller Art eingerichtet, für die sich eine Vermittlung eines Arbeitslosen nicht lohnt.

Solche „Stundenjobs für Studenten“ melden Sie bitte dem Arbeitsamt Bayreuth unter der Nummer 501-208.

Das Amt hat immer ein paar Studenten (Damen und Herren) schnell zu Ihrer Hilfe an der Hand. Auch „Ferienjobs“ für längerfristige Vertretungen in den Urlaubsmonaten oder für saisonale Aushilfskräfte melden Sie bitte dorthin. Karl Rheinstädler

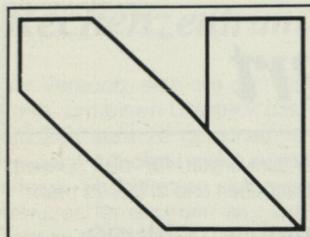


Bürgerfest

Auch auf dem diesjährigen Bürgerfest machte der Universitätsverein wieder mit seinem „Ständla“ auf sich aufmerksam. Werbende Aufkleber und T-Shirts mit dem Universitätsabzeichen wurden angeboten und so viele Bürger wie möglich persönlich angesprochen, doch auch Mitglied zu werden. Der Jahresbeitrag ist mit 40,- DM so niedrig angesetzt, daß er für sicherlich noch viel mehr Bürger aus Bayreuth und aus der Region erschwinglich sein sollte. Jeder einzel-

ne Beitrag (und jede Spende) ermöglichen es dem Verein, der Universität zu helfen, die ja noch lange nicht aus ihren Kinderschuhen heraus ist.

Mit diesem Werbeargument macht sich der Verein in diesen Monaten auch brieflich an Bürger in Oberfranken, von denen angenommen werden darf, daß sie die Bayreuther Uni nicht gleichgültig läßt und die zum Teil selber die Basis ihres jetzigen beruflichen Erfolges an einer Universität erworben haben.



MINI SPEKTRUM

Sehr erfolgreich verlief die Uraufführung einer Kurzoper von Helmut Bieler (Didaktik der Musikerziehung) bei der diesjährigen Biennale in Zagreb. Das neue Werk des Bayreuther Komponisten wurde innerhalb der Abschlusveranstaltung durch das Nürnberger Opernstudio aufgeführt. Im Herbst steht es dann im Nürnberger Schauspielhaus auf dem Programm. Eine weitere erfolgreiche Aufführung bei einem internationalen Festival hatte Bieler anschließend bei den „Aspekten Salzburg“ mit einer Komposition für Flöte und Tonband, gespielt durch den Hamburger Flötisten Helmut W. Erdmann.

☆☆☆

Dr. Georg Süß-Fink, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für anorganische Chemie II, ist von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein einjähriges Forschungsstipendium bewilligt worden. Das Stipendium dient der Zusammenarbeit mit Professor Dr. Pierre Dixneuf (Universität Rennes) hinsichtlich des Forschungsprojektes „Übergangsmetallcluster als Katalysatoren“ des Bayreuther Chemikers. Gleichzeitig wird Dr. Süß-Fink eine zweimonatige Gastprofessur in Rennes wahrnehmen.

☆☆☆

Nachdem Saudi-Arabien die Bundesrepublik Deutschland gebeten hatte, bei dem Aufbau eines nationalen Sportinstituts behilflich zu sein, ist der Bayreuther Lehrstuhlinhaber für Sportwissenschaft I, Professor Dr. Klaus Zieschang, fünf Wochen lang im Auftrag der Bundesregierung in dem Ölstaat zwischen Persischem Golf und Rotem Meer gewesen, um Sportentwicklungshilfe zu leisten. Aufgabe Zieschangs war es, bei seinem Aufenthalt

in der saudischen Hauptstadt Riad die Strukturen für ein nationales Sportinstitut zu erarbeiten.

☆☆☆

Die Universität Bayreuth hat im Sommersemester die erstmals im November vergangenen Jahres erreichte Studentenzahl von über 3000 – genau waren es 3218 – nicht unterschritten. Nach Angaben der Studentenzentrale sind jetzt etwa 3030 Studenten, darunter etwa 140 Neueinschreibungen vor allem in den Fächern Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Geographie, immatrikuliert.

☆☆☆

Der Bayreuther Lehrstuhlinhaber für Erwachsenenbildung, Professor Dr. Michael Zöller, ist von dem Committee on Social Thought der University of Chicago zu einem halbjährigen Gastaufenthalt eingeladen worden. Mit der Einladung ist der Status eines korrespondierenden Mitgliedes auch nach dem Aufenthalt verbunden. Das Committee on Social Thought ist sowohl Sozialwissenschaftliche Fakultät der Chicagoer Universität als auch das international bekannteste Forschungsinstitut für Politische Theorie, Geschichte der Sozialwissenschaften ect. Dem Institut gehören international renommierte Wissenschaftler, wie z. B. Leszek Kolakowski (Oxford/Chicago), Edward Shils (Cambridge/Chicago) und der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek (Freiburg/Chicago) an.

☆☆☆

Dr. Gerhard Schröter, Studiendirektor beim Lehrstuhl für Schulpädagogik, hat nach Angaben der Kulturwissenschaftlichen Fakultät sein Habilitationsverfahren erfolgreich abgeschlossen.

☆☆☆

„Siegt die Wüste?“ hieß Ende Juni bei einer Livesendung des Hessischen Rundfunks das Thema im Rahmen der Sendereihe „Die Prognose“. Auf Hörerfragen antworteten dabei als Experten die beiden Bayreuther Geographie-Professoren, Biogeograph Dr. Klaus Müller-Hohenstein und Sozialgeograph Dr. Fouad N. Ibrahim.

☆☆☆

Dr. Herbert Leinfelder, Wissenschaftlicher Assistent beim Lehrstuhl für Mathematik (Professor Dr. Simader), wurde Ende Mai die Lehrbefugnis erteilt und ist jetzt Privatdozent am Mathematischen Institut.

☆☆☆

Mehrere Dienstjubiläen Bayreuther Wissenschaftler wurden im Sommersemester ver-

zeichnet. 40jähriges Dienstjubiläum feierte am 1. Juni der Lehrstuhlinhaber für Evangelische Theologie I, Professor Dr. Wilhelm F. Kasch. Eine Dienstzeit von 25 Jahren vollendeten Professor Dr. Gerhard Spittler (Lehrstuhl Organische Chemie) und Oberstudienleiter Wilfried Neugebauer (Arbeitslehre, Didaktik der Wirtschafts- und Rechtslehre).

☆☆☆

Zur Vertiefung seiner Kenntnisse in komplexer Differenzialgeometrie hat die DFG Dr. Martin Lübke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Mathematik-Lehrstuhl von Professor Dr. Michaels Schneider, ein einjähriges Stipendium bewilligt. Der Bayreuther Mathematiker wird das Stipendium zu einem im Herbst beginnenden Forschungsaufenthalt an der Universität Berkeley (USA) nutzen.

☆☆☆

In der Kulmbacher Plassenburg fand Anfang Juli mit Unterstützung der Emil-Warburg-Stiftung ein Seminar über Archäomagnetismus statt. Veranstaltet vom Lehrstuhl für Experimentalphysik II unter der Leitung von Dr. Heinz Markert stellten Geophysiker von der Universität München, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und vom Landesamt für Denkmalpflege neue Ergebnisse der Archäomagnetismus-Forschung vor und diskutierten sie. Auf der Plassenburg befindet sich bekanntlich ein Sonderlabor für Archäomagnetismus der Universität Bayreuth, in dem sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Dr. Markert mit der zeitlichen Bestimmung archäologischer Funde und geologischer Formationen anhand bestimmter magnetischer Eigenschaften beschäftigt.



UNIVERSITÄT
BAYREUTH
SPEKTRUM

Herausgeber:

Der Präsident der Universität Bayreuth

Redaktion:

Pressestelle der Universität Bayreuth (PR 3)
Jürgen Abel, M. A., (verantwortlich)

Anschrift:

Postfach 3008, Opernstraße 22, 8580 Bayreuth, Telefon (09 21) 60 82 14

Erscheinungsweise:

unregelmäßig, Auflage 3500

Druck:

Druckerei Lorenz Ellwanger
Maximilianstraße 58/60
8580 Bayreuth
Telefon (09 21) 6 60 11

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen eingesandter Manuskripte behält sich die Redaktion vor.

Alle Beiträge sind bei Quellenangaben frei zur Veröffentlichung; Belegexemplare sind erwünscht.

Aufgelesen

„Die Universitäten Passau und Eichstätt verfügen im Berichtszeitraum (noch?) über keine eigene Hochschulregion; die Regionen Augsburg und Bamberg sind extrem klein. Hingegen hat sich Bayreuth, in Konkurrenz insbesondere zu Erlangen-Nürnberg und Bamberg, ein Areal beachtlicher Ausdehnung im Nordosten Oberfrankens sichern können.“

Aufgelesen in der Regensburger Universitätszeitung vom Mai 1983, in der sich Jürgen Klasen in einem lesenswerten Beitrag mit der Herkunft und Zusammensetzung der Studentenschaft an der Universität Regensburg auseinandersetzt.